

Blattentwurf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Blattentwurf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenstedtstr. 14. (Telefon: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag)).

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Sonnabend, 11. Juli 1931 11. Jahrgang Nr. 154

Brüning macht Schluss mit der Wohlfahrt

Durch neue Notverordnung sollen die Gemeindeausgaben um 500 Millionen Mark gefürzt werden

(Eig. Bericht.) Berlin, den 10. Juli 1931.

Nach einer Meldung eines gut informierten Berliner Mittagsblattes plant die Regierung, nunmehr den schwersten Schlag gegen die hungernden Volksmassen durchzuführen. Durch eine neue Notverordnung will die Brüning-Dirktatur die Länder und Gemeinden zwingen, 500 Millionen Mark und noch mehr, die gegenwärtig in den Gemeindefassen fehlen, durch Einsparungen auszugleichen.

In dieser Meldung heißt es dann weiter:

„Auf diese Weise werden die Sozialausgaben in nie geahnter Weise gefürzt, und die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die bisher schon aus Sparmaßnahmen auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden mußte, wird diese Minimumgrenze erheblich unterschreiten. Gabelnd es sich hier doch um Maßnahmen, die allein soziale und kulturelle Etat-Positionen treffen, und aus diesen Haushaltposten mehr herausgesprengt werden sollen, als die ganze Notverordnung erspart.“

Wenn diese Meldung stimmt, und daran ist nicht zu zweifeln, denn was sollte wohl eine re-Regierung nebstehende Zeitung für ein Interesse daran haben, unrichtige Regierungspläne zu veröffentlichen, so bedeutet die kommende Notverordnung gegen die Gemeinden nicht mehr und nicht weniger, als die Streichung aller Wohlfahrtsausgaben, und die weitere Kürzung der Ausgaben für kulturelle Zwecke.

Wichtigste wird also jetzt der Sinn der ganzen Hoover-Aktion denn was soll eine re-Regierung nebstehende Zeitung für die Brüning-Regierung einhalten. Mit einem Schlage schlägt der ganze Schwindel der sozialdemokratischen Führer von den logen-ten Verhandlungen über die Verbesserung der letzten Notverordnung, die schon unendliches Leid und unerschreiblichen Hunger erzeugte. Die vielen Hunderttausend Wohlfahrtsverwehrenden, all die ungezählten Augenblinden und Frauen, die auf Grund der letzten Notverordnung schon fehlerhaft Erwerbslosenunterstützung mehr erhalten werden jetzt direkt zum Hungerloch verurteilt. Die Frage der „Reduzierung“ wird bei der Ausübung von Wohlfahrtsunterstützungen in Zukunft überhaupt keine Rolle mehr spielen, wenn die Gemeinden furchtbar gequält werden, alle Einkommen für Wohlfahrtsausgaben zu freieren.

In den letzten Tagen haben schon eine Anzahl von Gemeinden und Gemeindegremien die Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen eingestellt und wandten sich hilfesuchend an die Brüning-Regierung. Und diese Regierung will mit einer Notverordnung antworten, die praktisch alle Gemeinden in Deutschland zu dem gleichen Schritte treibt. Wenn die Kommunisten in den Gemeinden vorstehen, neue Beschlüsse zu erlassen, so kommt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten und schließlich über „Mittelständler“. So werden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gleichfalls mitbedingt am Hungersturm der Erwerbslosen. Erhöhung der Tarife auf Gas, Wasser und Elektrizität, Erhöhung der Kopfsteuer, der Gemeindegemeindersteuer und aller übrigen Gemeindefeuern, das wird eine weitere Folge der neu geplanten Brüning'schen Notverordnung sein.

Millionenfach muß der Ruf erschallen: Verstärkte Organisation des Kampfes in Stadt und Land für das nationale und soziale Befreiungsprogramm der kommunistischen Partei.

Sozialdemokratische Arbeiter, macht Schluss mit euren Führern, die euch ewig an das kapitalistische System des Hungers und des Glubsches fesseln wollen! Schließt die große, starke Einheitsfront für Arbeit und Brot! Organisiert überall Protestkundgebungen! Bereitet den Erwerbslosen am 15. Juli vor durch eine breite Massenmobilisierung in den Betrieben und auf den Stempelfeldern!

Erntestreik vor der Tür Heraus zu den morgigen Kampfkongressen

Die Empörung der Landarbeiter über die immer wiederholten erfolglosen Lohnaufbesserungen der Juner wird immer größer. Auf vielen Gütern ziehen die Juner 3 bis 6 Mark von dem erbumlichen Wochenlohn der Landproleten ab. Die Entzugslage ist auf Grund des Schiedsgerichts vom 1. März beseitigt. Das bedeutet für die Erntezüchter einen Lohnausfall von statt 20 Mark. Die Juner werden verdrängt, Polizei und Flurhühnerstreife werden überall jetzt schon gegen die Landproleten eingesetzt.

Waste Juner hat die Agrarkapitalisten ergriffen, die die Bedeutung des Ausbruchs eines Streiks der Landarbeiter während der Ernte sehr wohl kennen.

Deswegen macht die morgigen Kampfkongressen der Landarbeiter zu einem wichtigen Auftakt für den Erntestreik!

Die Kampfkongressen beginnen am morgigen Sonntag sämtlich um 13.30 Uhr und finden in folgenden Orten statt:

Melzen: Lokal Reinhorn. Könnern: Lokal „Bürgergarten“. Wansleben, Teicha, Oppin: Lokal „Zur Freiheit“. Landsberg: Lokal „Deutsches Haus“. Füllleben, Seringern, Teuchern: Lokal „Grüner Baum“.

Nachdem findet in Wittenberg, Gemeindefesthaus, morgen vormittag 10 Uhr eine Kreisversammlung und in Wesseln steht auf dem Dorfplatz nachmittags 2 Uhr ein Landarbeitertreffen statt.

Massensturm gegen Unterstützungsraub!

Heraus zu Massenkundgebungen am 15. Juli für Arbeit, Freiheit und Brot!

Erwerbslose, Männer und Frauen, Rentner, Invaliden und Betriebsarbeiter!

Das bankrotte kapitalistische System soll auf Kosten des wertvollen Volkes saniert werden. Neue unerhörte Maßnahmen sollen am 15. Juli gemäß der Brüning'schen Notverordnung durchgesetzt werden. Die Sozialdemokratie, die größte Sanitätstruppe des kranken Kapitalismus, lacht nach neuen Verträgen und will die verelendeten Massen durch neue Manöver, Hoover-Plan und Sehe gegen die Sowjetunion, vom Kampfe gegen das Hungerstadium abhalten.

Die Arbeiterpartei, die Partei des Finanzkapitals, fordert Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht.

In der Geschichte aller kapitalistischen Staaten ist es noch nie dagewesen, daß durch solche Hungerkatastrophen hunderttausende von Giftigen zugrunde gerichtet werden.

Diese Maßnahmen sind ein Akt der Schwäche des bankrotten Finanzkapitals, um den am Boden liegenden, sterbenden Kapitalismus zu retten.

Der Reichstag, die Kreis- und örtlichen Erwerbslosenausschüsse haben in gut besuchten Sitzungen und Konferenzen zu dem Aufruf des Reichserwerbslosenausschusses, am 15. Juli durch Massenkund-

gebungen gegen Notverordnung und Unterstützungsraub in allen Orten zu demonstrieren, Stellung genommen, sie rufen alle Schichten der wertvollen Bevölkerung auf, in gemeinsamer Kampffront gegen die Notverordnungen und ihre Auswirkungen am 15. Juli aufzumarschieren. Macht die Betriebe, die Wohngebiete und die Büros zum gemeinsamen Aufmarsch mobil.

Der Hoover-Plan wird trotz sozialistischer Hilfe nichts an der Lage der hungernden Massen ändern. Er ist weiter nichts als die goldene Schlinge um den Hals des Volkes. Genug des Hungers und des Glubsches in den Brotkaren und in den Wohnungen, genug der Ausbeutung und Knechtung in den Betrieben, Koffeln und Warenhäusern.

Her zu uns! Kampf mit uns! Schließt die Volksfront mit uns, mit dem revolutionären Proletariat, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, Spekulanten, Schieber und Parasiten.

Gegen den Unterstützungsraub!
Gegen Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht!
Gegen das bankrotte kapitalistische System!
Kampf für Arbeit, Freiheit und Brot!

Heraus zu Massenaufmärschen am 15. Juli!
Der Bezirkserwerbslosenausschuh für den Bezirk Halle-Merseburg

Das Lohnproblem in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft

Von Karl Marx

Vorbemerkung der Redaktion: Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse hat die Rede des Genossen Stalin „Über die Lage und die neuen Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus in der Sowjetunion“ dazu benutzt, eine neue unerhörte Fehde gegen den proletarischen Staat zu entfachen. Gemeinlich, von Stiller bis Wels, ist diese Fehde getrieben worden. Ist aber der Kampf der bürgerlichen Presse gegen den Marxismus selbstverständlich, so beweist die Art der Polemik in der SPD-Presse, wie wir sie beispielsweise in den letzten Tagen im „Volksblatt“ und „Volksbote“ erleben konnten, den beispiellosen geistigen Tiefstand und das völlige Fehlen der geringsten marxistischen Kenntnisse. Genosse Stalin erklärte bekanntlich, daß Karl Marx und Lenin darauf hingewiesen haben, daß sogar noch unter Capitalismus als der ersten Stufe des Kommunismus der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeitskraft bestehen wird.

Das lächerliche Geschwätz dieser mehrwürdigen Sorte Marxisten von der „vollständigen Abkehr vom Kommunismus“, von dem bösen Schwindel, daß Sowjetrußland aufgehört habe ein sozialistisches Land zu sein, daß Stalin sich zu unrecht auf Marx berufen habe, wird insbesondere den sozialistischen Arbeitern in jeder ganzen Arbeiterschaft vor Augen geführt werden, wenn wir im nachstehenden unsern Artikel über die Rede von Karl Marx über dieses Thema selbst das Wort geben. Die Arbeiterpartei wird sich überzeugen können, daß der Genosse Stalin in seiner Rede in keinem Punkt dem Marxismus abgewichen ist, daß er in keinem Punkt zum Kapitalismus zurückgekehrt, sondern den Weg zum Sozialismus zeigt. Wir lassen nunmehr die entscheidenden Absätze aus der „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms 1875“ von Karl Marx folgen.

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, nie befreit ist mit den Muttermaßen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. 3. B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitstagen; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm geleistete Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Teil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und soviel Arbeit geleistet (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.“

Es herrscht hier offenbar daselbe Prinzip, das den Waren- austausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt

RGD-Erfolg auf Grube Cecilie

(Eig. Bericht.) Merseburg, den 11. Juli.

Infolge einer im Januar erfolgten vorübergehenden Stilllegung der Grube Cecilie, bei der sämtliche Mitglieder der RGD und SPD mit entlassen und bei der Neueröffnung zum größten Teil nicht wieder eingestellt wurden, mußte eine Neuwahl des Betriebsrates vor sich gehen. Die Wahl fand am Donnerstag statt und brachte der RGD einen überraschenden Erfolg.

Von 278 abgegebenen Stimmen erhielt die rote Einheitsliste 94, die Reformisten 106 und die Liste der Wertgemeinschaft 70 Stimmen.

Die Wertleistung und die vereinigten Gegner der RGD sind so erkrankten über diesen Erfolg berufen, daß sie die Liste anfechteten. Trotz allen Terror haben durch ihre unermüdete Arbeit die Kameraden der roten Einheitsliste einen glänzenden Erfolg errungen.



Deutschland wird Kolonie!

Luthers erste Niederlage in London — Keine englische Anleihe — Sklavenbedingungen des Weltfinanzkapitals

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. Juli

Der Reichspräsident Luthers ist von seinem Amt nach London und Paris mit leeren Händen zurückgekehrt. England hat aus Furcht vor dem französisch-amerikanischen Gegenüber eine vollständige Antiektion für Deutschland abgelehnt. Das letzte Verbleibende der Teilnahme Frankreichs an der Antiektion ist die Beteiligung an einer internationalen langfristigen Kreditanleihe, die von der Teilnahme Frankreichs abgelehnt wurde. Der französische Finanzminister hat sich Luthers nach Paris begeben. Der Präsident der französischen Staatsbank ist als Wortführer des französischen Finanzkapitals hat dem deutschen Reichsbankdirektor die letzte Schulters gezeigt. Das französische Finanzkapital macht eine Antiektion für Deutschland von den folgenden drei politischen Bedingungen abhängig:

1. Verzicht auf weitere Kriegsschiffbauten.
2. Endgültige Preisgabe der Zolleinung mit Oesterreich durch Verzicht auf jede selbständige Außenpolitik.
3. Stärkste Kreditdrosselungsmaßnahmen der deutschen Wirtschaft, das heißt weitere Einschränkung der Produktion in Deutschland, weitere Stilllegungen.

Da Luthers zu politischen Zugeständnissen nicht bevollmächtigt war, wurden die Verhandlungen in Paris blutig abgebrochen. Amerika hat Frankreich gegenüber völlig freie Hand gelassen. Das amerikanische Finanzkapital unterstützt sogar die französischen Ansprüche durch umfangreiche kurzfristige Kredite. Die amerikanischen Banken haben eine Anleihe der Staatsbank, ob sie zu einer Anleiheaktion für Deutschland bereit seien, obgleich beantwortet, mit der Begründung, daß die Lage Deutschlands keinerlei Garantien bietet, so lange die Reichsbank sich nicht zu einer schärferen Drosselung der Kredite in Deutschland bereit findet. Der Zusammenbruch der Anleiheaktionen in London und Paris erklären endgültig den räuberischen Charakter der Hoover-Aktion.

Derjenige, der noch an eine Rettung Deutschlands vor der Katastrophe glaubte, muß heute seine Illusionen begraben. Es bestätigt sich mit einer überaus raschen Schnelligkeit und in vollem Umfang das, was die kommunistische Partei über die Auswirkungen der Hoover-Aktion und ihre Bedeutung vorausgesagt hat.

Die Wirtschaftskrise wird nicht gemildert, sie verschärft sich von Tag zu Tag und die ganze Hoover-Aktion in Verbindung mit der amerikanischen-französischen Antiektion entpuppt sich als ein Werkzeug zur weiteren Drosselung der Produktion in Deutschland. Das amerikanische Finanzkapital macht sich die Bahn für die Steigerung des amerikanischen Exportes nach Europa frei. Zu diesem Zweck wird der deutsche Konsum durch die Zins- und Tributkolonie verwandelt.

Die Hoover-Aktion führt zu einer Verstärkung der politischen Abhängigkeit Deutschlands von internationalen Finanzkapital. Nicht einmal dem wägen die Beziehungen zum internationalen Finanzkapital den nötigen politischen Bindungen zumuten gewagt.

Die Hoover-Aktion, die von der deutschen Bourgeoisie als „Bismarck“ als „die Anfang eines neuen Aufstiegs des Kapitalismus in Deutschland“ gefeiert wurde, verwandelt in der Tat Deutschland wirtschaftlich in eine Wüste und politisch in eine Kolonie des Weltkapitals.

Die Rettung der wertigen Massen in Deutschland, ihre nationale und soziale Befreiung ist einzig und allein möglich auf dem Wege, den das Proletariat in Frankreich und Deutschland wählte. Die deutsche Bourgeoisie kann nichts anderes tun, als die politische und wirtschaftliche Verfallung zu vertiefen, um ihre Profite mit Hilfe des Weltfinanzkapitals gegen den Aufbruch der veredelten Massen, die sich für die von der kommunistischen Partei geführte Kolonisation für Freiheit, Arbeit und Brot immer fester zusammenziehen, zu retten.

Badische Koalition gegen Wohnungsbau und für Gehaltsraub an den Beamten

(Eig. Drahtm.) Mannheim, 11. Juli

Die badische Koalitionsregierung, an der SPD, Zentrum und Volkspartei beteiligt sind, hat gestern eine ungeheuerliche neue Notverordnung erlassen, die wertigen Massen in Baden erlöset. Im einzelnen bestimmt diese Notverordnung:

Die Gebäudeeigentümer sind verurteilt, das heißt, es wird nicht einmal mehr ein Teilbetrag für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt.

Der Kürzungssatz des Landes an die Bezirks-Hilfsorgane wird um 10 Prozent und an die Kreise um 25 Prozent gekürzt.

Das Gehalt der außerplanmäßigen Beamten wird herabgesetzt. Für die planmäßigen Beamten tritt eine allgemeine Gehaltskürzung von 5 Prozent ein. Diese Gehaltskürzung findet keine Anwendung auf die unteren Schichten.

Um diese Gehaltskürzungen auch bei den Gemeindebeamten durchführen zu können, die durch Kondottarist nicht dem Lande unterliegen, werden durch die Notverordnung sämtliche Gehaltskürzungen auf alle Staats- und Gemeindebeamte bis 31. Januar 1934 außer Wirksamkeit gesetzt.

Diese Notverordnung ist die konsequente Fortsetzung der nächsten Notverordnung der Brüning-Regierung. Aber auch sie stellt, nur den Anfang der Reform“ dar.

Die nächste Notverordnung ist der Vorläufer der nächsten Notverordnung Brüning, die jetzt bereits in den verschiedenen Reichsministerien vorbereitet wird. Es ist die Begleitmaßnahme zur inneren Hoover-Aktion, zu dem neuen Vorstoß der tausend Großkapitalisten.

Wieder ein falsches Waffenlager

(Eig. Drahtm.) Halberstadt, 11. Juli

Die Magdeburger Kriminalpolizei konnte bei einem Waffenspeicher in Groß-Dürenstedt, Kreis Halberstadt, ein Waffenlager der Nazis entdecken. Gefunden wurden in der Kammer des Härtmeister 4 Militärrevolver, und zwar 2 Infanterierevolver und 2 Karabiner, Modell 98.

Bei der weiteren Durchsichtigung des Hauses wurden im Keller 750 Schuß Munition gefunden. Die Waffen und die Munition wurden beschlagnahmt.

Proletarische Freidenker gegen Unterdrückung der roten Studenten

(Eig. Medda) Berlin, 8. Juli

Die Reichsleitung des Bundes der proletarischen Freidenker Deutschlands erhebt im Namen von 14000 Mitgliedern gegen die mißbräuchlichen Unterdrückungsmaßnahmen der Universitätsbehörden gegen die revolutionäre Studentenbewegung (schwarze Profen). Sie ersucht darum, sowie in der gleichzeitigen öffentlichen Begünstigung.

Neue Massenentlassungen in den Amalwerken

In den letzten Tagen sind in den IG-Farben, Ludwigshafen-Doppau, besonders aus dem Transportbetrieb, eine große Anzahl Arbeiter entlassen worden. Auch die Angestellten blieben von den neuen Massenentlassungen nicht verschont. So wurden am 1. Juli wieder 150 Angestellte wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Weiterhin sollen in den nächsten Tagen die Entlassungen von 200 Arbeitern vorgenommen werden.

und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit, und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann, außer individuell. Das Eigentum der einzelnen ist aber die Voraussetzung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht das gleiche Prinzip wie beim Austausch von Warenquantitäten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer anderen umgetauscht.

Das gleiche Recht ist hier daher immer noch dem Prinzip nach — das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Warenquantitäten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschrittes ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitsleistungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird.

Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeiten oder kann während mehr Zeit arbeiten und die Arbeit, um als Arbeit zu dienen, muß der Ausbeutung oder der Intenität nach bestimmt werden, sonst hätte sie auf Maßstab zu sein. Das gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt förmlich die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsunterschiede als natürliche Bedingungen an. Es ist daher ein Recht, wie alles Recht. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen, aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleich wären) sind nur an gleichem Maßstab messbar, insofern man sie unter einem gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer bestimmten Seite faßt, z. B. im gegebenen Fall sie nur als Arbeiter betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem anderen abstrahiert. Ferner: Ein Arbeiter ist verachtet, der andere nicht, einer hat mehr Kinder als der andere usw. usw. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere usw. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht nicht gleich ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unumvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der faktischsten Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Leistung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springschancen des gesellschaftlichen Reichtums voll zur Verfügung — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtsbegriff nach überstritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fäden freigelegt; aber nach seinen Fähigkeiten, jedoch nach seinen Bedürfnissen.

Der Sieg des Kommunismus

Günther Stein, ein Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“, schreibt in seinem „Beitrag zur Freitag-Ausgabe des „B.Z.“ über seine Eindrücke im Ruhrgebiet u. a. folgendes:

„Krafter als anderswo sehen sich die Gegenstände gegenüber und immer eindeutiger wird auf beiden Seiten die Stellungnahme. Auf beiden Seiten. Denn hier gibt es nämlich nur noch zwei Möglichkeiten. Die eigentlichen Mittelstandsparteien spielen als politische Kräfte keine Rolle mehr. Die Sozialdemokratie aber, im gesamten Reich der wichtigste Faktor des Beharrens im heutigen Staat, ist kaum irgendwo in Deutschland so geschwächt, wie hier. In der Tat ist es ein ganz bestimmter, ein gewisser, der den Stellen des verfallenen Intenatens Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern.“

„Sehr auffällig ist auch, was Günther Stein an Hand seiner Beobachtungen und Studien über den geringen Einfluß der Sozialisten unter den Ruhrarbeitern, dank der Aktivität der kommunistischen Partei, zugeben muß.“

„Charakteristisch ist bei den einzigen Gruppen, die dem Kommunismus so gut wie ganz fehlen: die Bergarbeiterpartei, die das schwerste Schicksal im ganzen Proletariat hat, die im Kampfe mit dem Tod unter Tage und mit der Not über Tage ihr Leben verbringt, und die Arbeiter der Erwerbslosen, die ins Hoffnungslose Nichts hinabgestürzt sind.“

„Die Feststellungen in dem „Berliner Tageblatt“ zeigen, wie groß das Bedauern über die kapitalistische Krise über das Schwenden des Einflusses der Sozialdemokraten und dem gewaltigen Vorrücken der kommunistischen Partei ist. So, Günther Stein kommt sogar zu der Feststellung, daß es kaum möglich sein wird, die kommunistische Bewegung auf längere Dauer zu unterdrücken.“

„Ob daraus Herr Brüning etwas lernen wird? Nun, wenn nicht er, so doch die sozialdemokratischen Arbeiter bestimmt.“

Die Angeklagten sind geladen

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ mitteilt, sind die führenden „linken Beamten“ aufgeföhrt worden, vor dem am kommenden Dienstag in der ersten Parteiung in Berlin zu erscheinen und sich dort zu verantworten. Weiter wird mitgeteilt, daß eine schriftlich abgegebene Erklärung von Rosenfeld, Gendewitz und Strödel in der Parteipresse nicht veröffentlicht werden wird, da die Angeklagten dort zu tun, als ob es niemals einen Leipziger Parteitag gegeben habe, der die Politik der Partei und der Reichsorganisation erst vor drei Wochen ausdrücklich gebilligt hat.“

„Sehr interessant ist auch, daß die führenden Mitarbeiter an dem Organ der Linken, „Der Klassenkampf“, wie die Ratten das stinkende Schiff der „in Ungnade gefallenen“ Linken verlassen. Gekürt wird beispielsweise mitgeteilt, daß Dr. Fritz Cronach, langjähriger Mitarbeiter der Linken, mit einer Erklärung seine Mitarbeit eingestellt hat.“

Natürlich werden die Gendewitz und Rosenfeld gefordert zu sein. Sie müssen in ihre linksdrapierete Betrüger spielen? Wie lange wird ihnen das noch möglich sein?

Ein neues Opfer des Paragrafen 218 wurde der Sozialdemokrat Peter Bode aus Trier, der zu zweimalig Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

ung der nationalsozialistischen Rombies, die systematisch im ganzen Reich Schlägereien gegen die roten Studenten organisierten, eine Kampagne gegen die Millionen von Beamten, als deren Vertreter die roten Studenten an der Hochschule wirken.

Das Klassenbewußte Proletariat stellt sich hinter die gemäßregelten Kampagnen an der Universität und wird die bevorstehende Revolution von revolutionären Studenten durch den Senat mit dem schärfsten Kampf gegen den arbeitereindlichen Hochschulschulismus beantwortet.

Abrechnung mit Löbe

Unter Volkseigenschaft abtransportiert

(Eig. Drahtm.) Heide, 11. Juli

Anlässlich einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung, in der der Reichstagspräsident Löbe sprach, kam es zu sehr starken Gegenreaktionen gegen die Nationalsozialistische Bewegung. Die Kommunisten wurden dementsprechend durch ein riesiges Schuppaufgebotes konnte Löbe nicht gehalten werden, doch er in einem Polizeiauto direkt zur Bahn gebracht wurde, um sofort den Zug zu besteigen und abzufahren.

Beamtenerkla nur gegen Kommunisten

Wie in Preußen, wurde auch im Staat Württemberg ein Beamtenerkla verfaßt, das alle kommunistischen Beamten zu entlassen ist. Es enthält die Bestimmungen, die die Kommunisten werden demgemäß und es hat lange gedauert, bis es einmal ein nationalsozialistischer Beamter entlassen werden sollte.

Dieser Tag appellierte an die Disziplinarkammer für Württemberg, die am 4. Juli ihre Entscheidung fällte. Der nationalsozialistische Beamte wurde freigesprochen mit der Begründung, daß der Beamte auf Grund des Artikels 130 der Reichsverfassung das Recht habe, seine politische Gesinnung offen zu bekennen.

In Bezug auf die SEDW sei die Kammer zu dem Urteil gekommen, daß nach den Erklärungen Hiltens an vor allen nach dem Auseinandergehen mit Hauptmann Stennes erwidert sei, daß die Nationalsozialistische Partei ihre Ziele auf legalen Wege verfolge. Jedemfalls sei der Angeklagte nicht nachzuweisen, daß er einer Partei angehöre, die auf dem Wege des gewalttätigen Umsturzes die bestehende Ordnung beseitigen wollte! Ka, also Kommentar überflüssig!

Sehr eindeutig

Die sozialdemokratische Chemiker „Rohstoffwerke“ schreibt zu den letzten außerparlamentarischen Aktionen der Brüning-Regierung am 9. Juli:

„Es ist nun ganz offenkundig, die Außenpolitik des Kabinetts Brüning verfolgt eine sehr eindeutige Linie, und zwar eine Linie, die ganz und gar der Politik des deutschen Nationalismus entspricht.“

„Das ist ganz eindeutig! Aber eben eindeutig ist es, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter eine Partei verlassen, die feils und feindsig die Außenpolitik einer Regierung preßt, die „offenkundig“ nationalistisch ist.“

In Madrid hat der Streik immer härtere Dimensionen angenommen. 10 000 haben sich geschlossen und der gesamte Verkehr ruht.

In Gredos (Polen) ist ein Streik der Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter ausgebrochen anlässlich der Warenauslieferung von Werrastrassen.

Ein Sturm an das Haupttelefonamt in Gijon (Spanien) wurde durch Streikende verurteilt. Es kam zu Kämpfen mit der Polizei.

Ungebrochene Streikfront in Roubaix

Zustimmend gegen reformistischenerrat — Lebt Solidarität — Gebt auf den Esken der Mh.

Paris, 10. Juli. Mehr als 90 000 Textilarbeiter streiken in Roubaix und Courcoing noch im Kampf. Der Verbandsrat der Reformisten mit 3 Prozent Lohnabzug nach achtwöchigem Streik wieder in die Betriebe zurückzugehen, ist nur eine Minderheit der Arbeiter gelangt.

In dieser Woche hat es sich bewiesen, daß die Textilarbeiter sich selbst von jeder Reform des reformistischen Arbeiterverbandes befreit haben. Das Klassenbewußtsein hat den Sieg über denerrat davongetragen. Der Streik von Roubaix ist dadurch erneut in seiner Bedeutung gestiegen. Die Textilarbeiter von Roubaix geben der gesamten internationalen Arbeiterfront ein Beispiel. Das internationale Proletariat hat die Pflicht, den Hunderttausenden den Selbstkampf durch proletarische Solidarität zu erleichtern. Heißt den Sieg in Roubaix erkämpfen! Gebt auf die Sammelstellen der Internationalen Arbeiterfront!

Streikwelle über Bulgarien!

CP, Wien, 10. Juli. Aus Sofia wird gemeldet, daß die Streikbewegung in Bulgarien an Ausdehnung gewinnt. Nicht nur die Textilindustrie, sondern auch andere Zweige der Industrie, besonders die Bergwerke und die Tabak-

industrie wurden vom Streik betroffen. Es handelt sich um eine von Kommunisten organisierte Bewegung.

In Jambol und in Sliven kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Streikenden und der Gendarmerie.

Lebenswichtige Betriebe befreit!

Vor dem Generallstreik in Grodno

Warschau, 10. Juli. Die Arbeiterfront der Elektrizitäts- und Wasserwerke in Grodno ist aus Anlaß der Entlassung zweier Arbeiter in den Streik getreten. Sämtliche jüdischen Arbeiter traten in den Streik mit. Fast alle Fabriken wurden dadurch stillgelegt. Theater, Kinos und Gaststätten mußten schließen. Die sozialistischen Parteiführer waren angeführt von G. G. G. Die Regierung hat Militär eingesetzt. Es wird mit dem Generallstreik gerechnet.

Gehaltsraub in Oesterreich

Wien, 10. Juli. Bei den österreichischen Bundesbahnen werden auf Grund eines am Donnerstag genehmigten Dienstvertrages die Akkordlöhne und die Gesamtnebenbezüge um fünfzehn Prozent gesenkt.

Die Aufgaben der Sowjet-Kohlenindustrie

Ein Aufruf der Genossen Stalin, Molotow und Dschonikidse an das Donezbecken

Moskau, 10. Juli. Die Sowjetpresse veröffentlicht einen Aufruf an die Partei, die Sowjets, die Wirtschaft, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen des Donezbeckens über die Aufgaben der Kohlenindustrie dieses Industriegebietes.

In dem Aufruf, der von den Genossen Molotow, Stalin und dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats, Dschonikidse, unterzeichnet ist, heißt es: Die weitere Entwicklung der steigenden Kohlenförderung des Donezbeckens ist eine der wichtigsten Bedingungen zur Erfüllung des dritten, entscheidenden Jahres des Fünfjahresplans. Eine Reihe von Errungenschaften des Donezbeckens im Laufe der Reformationsperiode beweisen, daß alle Voraussetzungen zur Erfüllung des Programms der Kohlenförderung vorhanden sind.

Im Aufruf werden die Fragen der Arbeitsorganisation, der technischen Leitung der Kohlenindustrie, der Mechanisierung, der Beschäftigung der Arbeiter der Kohlenindustrie für eine bestimmte Dienstzeit, sowie die Aufgaben des Personalwesens der Arbeit der Partei, der Gewerkschafts- und Jugendorganisations des Donezbeckens genau behandelt. Der Aufruf fordert auf, eine verstärkte Aufmerksamkeit der Verbesserung der kulturellen Bedürfnisse der Arbeiter, Ingenieure und des technischen Personals zu widmen. Der Aufruf fordert die unbedingte Abschaffung des Schlangenschneidens in den Gewerkschaftsbeziehungen, eine gründliche Umstellung von Inbetriebnahmen, die Verbesserung der öffentlichen Beziehungen sowie die Verbesserung der Vergütung der Arbeiter mit Wohnungen, Wasser und Heizmaterial.

Im laufenden Jahr muß die Inbetriebsetzung von 15 neuen Schächten und von 15 rekonstruierten Schächten sichergestellt werden. Der Aufruf fordert, im Laufe eines Monats in den mechanisierten Schächten die persönliche Verantwortung der Arbeiter für die Maßnahmen durchzuführen, nicht später als bis zum 1. September den Arbeitslohn für 85 bis 90 Prozent der Untertagearbeiter und für nicht weniger als

70 Prozent der übrigen Arbeiter einzuführen, im Laufe von zwei Monaten die Leistungen der Gleichgewichtler in den Arbeitslagern zu steigern und solche Reformen einzuführen, die den hochqualifizierten Arbeitern Vorteile garantieren und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität anspornen.

Im Aufruf wird bemerkt, daß in der letzten Zeit in der Arbeit der Partei, Sowjets und Gewerkschaftsorganisationen des Donezbeckens zwar zweifelhafte Fortschritte hinsichtlich der systematischen Leitung der Wirtschaft der Arbeiter des Donezbeckens in der Produktion erzielt wurden, daß jedoch diese Fortschritte ungenügend sind. Die Zentralaufgabe aller Organisationen des Donezbeckens ist die schnelle Aneignung der Kenntnis der mechanischen Kohlenförderung. Bei Fortsetzung des Kampfes mit den offenen Schädigungselementen müssen andererseits die Partei, Wirtschaft, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen tragen, mit den Ingenieuren und dem technischen Personal, die gemeinsam arbeiten, bessere und sachliche Beziehungen herzustellen und den ihrem Werte ergebenden Ingenieuren und Technikern alleseitige Unterstützung zuteil werden lassen.

Das Zentralkomitee, der Rat der Volkskommissare sowie der Oberste Volkswirtschaftsrat brüden ihre Hoffnungen aus, daß bei einer gründlichen Beschäftigung der Arbeiter des Donezbeckens das Donezproletariat sein Produktionsprogramm der Kohlenförderung nicht nur erfüllen, sondern auch übertreffen wird.

Der Bergbau des Donezbeckens gehört nach der Rede des Genossen Stalin zu den schmerzlichen Punkten an der Front des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion. Der obendehende Aufruf weist den Hebel da an, wo die Mängel festgelegt worden sind. Der harte Widerstand, den die Rede des Genossen Stalin gerade in den Bergwerken des Donezbeckens gefunden hat, gibt die Gewißheit, daß auch hier im nächsten, entscheidenden Jahr des Fünfjahresplans das Ziel erreicht werden wird.

Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag in Berlin W 4

22. Fortsetzung

Und eines Morgens kam er in die Rua da Misericordia. Während Senhora Joannetta in der Küche zu tun hatte, lagte er zu Amelia hinüber:

„Wissen Sie, Fräulein Amelia, es paßt mir nicht mehr, wie Sie mit dem Herrn Pater umgehen!“

„Sie schaute ihn verblüfft an: „Erlauben Sie mal! Wie soll ich denn mit ihm umgehen? Er ist ein Gaß meines Hauses.“

„Das schon — natürlich.“

„Da also! Aber, Sie können beruhigt sein — Ich werde nie mehr zu dicht an ihn herangehen!“

Amelia beugte sich also, etwas zu unterlassen, monach ihr Herz verlor. Sie hatte den Schreiber immer für etwas Beschäftigt gehalten. Aber, wenn schon er etwas mehr, was mochten dann die prüfenden Ganos denken und die Schwester des Domherrn, die hinterlistig hochhat war?

Hätte sie jetzt also Amaro auf der Treppe, so amang sie sich zu rezevierender Haltung. Aber — er durfte nicht zu ihr mit seiner sanften Stimme reden; sie nicht aus seinen schwarzen Augen ansehen, unter deren Wimpern sie vergilte — dann schwand ihr kühles Benehmen — wie eine leichte Schneedecke unter praller Mittagssonne — und ihre ganze Person wurde wieder zum bebenden Ausdruck ihrer Leidenschaft. Man mußte sie sogar — im Übermaß ihrer Empfindungen — die Anwesenheit Joao Eduardos und was mirlich übertrifft, aus einer Zimmerdecke den Klang seiner trübten Stimme zu hören.

Abdrängen meinte sie, daß die Freundinnen ihrer Mutter diese „Reinigung“ für den Pater mit stillschweigender Billigung ertragen. Und unter ihnen galt er ja — wie das der Domherr oft genug betonte — als der hübsche Junge, und aus Haltung und Blicken der Alten sprach deutlich Bewunderung für den Pater. Und dieselben Frauen nannten Joao Eduardo einen Taugenichts. Amelia gab sich nun gar keine Mühe mehr, ihre Gleichgültigkeit zu verbergen. Die Pantoffel waren seit langem aus ihrem Korb verschwunden, und sie nicht schaute sie aus dem Fenster, wenn er morgens in sein Büro ging.

Das ließ zur Gewißheit stehen, was Joao Eduardos Seele seit langem beunruhigte:

„Das Mädchen war in den Pater verliebt!“ Der Schmerz über sein zerstörtes Glück ward gefühlt von der Trauer über ihres gekränkte Ehre.

Eines Nachmittags sah er Amelia die St. verlassen. Bei der Apotheke sprach er sie kurz entschlossen an:

„Ich muß mit Ihnen reden, Fräulein Amelia! So kann es nicht weitergehen! Fräulein Amelia, Sie lieben den Pater!“

„Sie erleichterte und ließ sich auf die Lippe. „Wollen Sie mich belügen?“

„Er hielt sie am Armel ihres Mantels zurück. „Marien Sie, Fräulein Amelia! Ich würde Sie nicht trüben — aber diese Ungewißheit brüht mir das Herz!“

Vor Bewegung verlagte ihm die Stimme. „Sie tun Unrecht! Sie tun Unrecht!“ murmelte sie. „Dann schänden Sie mir, daß Sie nichts mit dem Pater haben!“

„Bei meiner Seligkeit! Ich habe nichts mit ihm! — Aber ich erkläre Ihnen auch, ich werde alles der Mama berichten, wenn Sie noch ein einziges Mal davon sprechen — oder mich selbst — und dann müssen Sie verstehen, wenn Ihnen unser Haus verschlossen bleiben wird.“

„Ach, Fräulein Amelia!“

„Wir können hier nicht weiterreden — Da schaut uns schon Donna Michela!“

Die alte Frau hatte bereits eine Kollegiarin ihres Fensters beiseitegehoben. Mit spürenden Blicken schaute ihr verdortenes Gesicht neugierig auf die Straße hinunter. Dann trennten sich die beiden, und die Alte ließ bewachend ihre Gardine fallen. Am Abend unterziehen sich die alten Damen gespannt über die Pater, die jetzt in der Gegend vertrieben. Da lagte Amelia, während sie heimlich eilig nicht, leise zu Amaro: „Wir müssen vorerstigen sich! Jemand hat etwas gemerkt!“

Zwar schon Amaro seinen Stuhl an die Seite der Senhora Donna Maria da Assumpcao, doch seine Blicke richteten sich auf Amelia, und seine Stimme, ängstlichen Augen fragten, ob das Mißtrauen der Mutter oder die Böswilligkeit der Alten irgend einen Skandal vorbereiteten.

Finische Militärparade an der Sowjetgrenze

Die „Pravda“ über die Provokationen

Moskau, 10. Juli. Die finnischen Militärbehörden veranstalteten unter Beteiligung des Oberkommandierenden von Finnland, Salmo, am 5. Juli eine große Militärparade an der Sowjetgrenze beim Dorf Tuusula, bei dem vor mehreren Jahrhunderten eine Schlacht zwischen russischen und schwedischen Truppen stattgefunden hat. Der Demonstration wohnten 3000 geladene Gäste sowie Vertreter von Militär- und Zivilkreisen bei.

Die „Pravda“ schreibt dazu: Die frechen Provokationen, deren Ziel die Untergrabung der Beziehungen zwischen Finnland und der Sowjetunion und die Umwandlung Finnlands in ein Aufmarschgebiet der Intervention gegen die Sowjetunion ist, dauern unausgesetzt an. Die erneute sowjetfeindliche Provokation der Militärbehörden Finnlands beweist, daß die Sowjetregierung mit Recht der Regierung Finnlands die gesamte Verantwortung für die sowjetfeindlichen Ausschreitungen der Finnen auferlegt hat. Die sowjetfeindliche Militärparade an der Grenze ist für die Veräuferten der Sowjetunion ein beider Beweis dessen, daß die Regierung Finnlands die sowjetfeindliche Kampagne unterstützt und daß sich die Bourgeoisie Finnlands bei der Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion die Priorität sichern will. Um so schlimmer für die Bourgeoisie Finnlands.

Weitere Zuspitzung der Lage in Spanien

Auch das Dorf setzt sich in Bewegung

Madrid, 10. Juli. Die Lage in den Streikgebieten hat sich weiter verschärft. In verschiedenen Orten wird der Generallstreik vorbereitet oder ist bereits ausgebrochen. Von großer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß die Bewegung sich jetzt auch schon auf das flache Land ausdehnen beginnt.

Der Streik der Telegraphen- und Telefonarbeiter in Salamanca hat eine weitere Verschärfung erfahren. Eine Wiederaufnahme der Arbeit ist trotz des Ultimatus der Telegraphengesellschaft nicht erfolgt, dagegen drohen die Syndikalistischen für Montag mit der Ausrufung des Generallstreiks sämtlicher Syndikate Spaniens, falls die Forderungen der Fernsprecharteiler nicht angenommen werden. Freitag sind die Arbeiter der mit der Telegraphengesellschaft verbundenen Materialfabrik Standard in den Spanischeilheit getreten.

In Gijon verschärfen Streikende, das Haupttelefonamt zu führen und griffen dabei die Polizeikräfte an. Es kam zu einer Schlägerei, bei der ein Teilnehmer schwer verletzt wurde. Nach einer Weile wurde aus Sevilla in ihrer aus Compagnie für den Arbeiter der Generallstreik ausgerufen.

In verschiedenen anderen Andalusien verweigern die Fabrikarbeiter die Zahlung der Abgaben. Die Arbeiter bringen das geerntete Getreide unter sich zur Verteilung. Die Bürgermeister verweigern vielfach Arbeitslose auf die großen Güter, wo diese ohne Wissen des Besitzers die Erbschneiderei fällen, um dann von dem Befehl für die geleistete Arbeit Lohn zu fordern.

Der Konflikt Papst-Mussolini

Rom, 10. Juli. Der Generalsekretär der vatikanischen Partei hat „auf Befehl des Regierungskollegiums und Führers des Faschismus“ (Mussolini) verkündet, daß die Forderung der Faschisten, die Mitglieder der katholischen Partei, die noch weiter Mitglieder einer katholischen Organisation bleiben, werden sofort aus der katholischen Partei ausgeschlossen. Durch diese Verordnung Mussolinis erfährt der Konflikt zwischen dem Vatikan und der faschistischen Regierung eine weitere Zuspitzung.

Der „Operatore Romano“, das amtliche Organ des Vatikan, weist die Formulierung der faschistischen Presse zurück, daß der Papst irgendeine Auseinandersetzung mit der italienischen Nation“ hätte, und sagt: „Eine Partei kann nicht mit der gesamten Nation“ identifiziert werden.“ Dieser Satz des „Operatore Romano“ ist ein Seitenhieb gegen Mussolini, der immer die Einheit des Faschismus mit der italienischen Nation betont.

Als nach dem Tee die Stühle zum Lottospiel lärmend zurecht gehoben wurden, fragte er sie höflich: „Wer bemerkte etwas?“

„Niemand — Aber ich habe Angst — Wir müssen jetzt oorkühnig sein.“

„Nun hören die süßen Blicke, das nahe Beieinanderliegen und die Geheimnisse am Tisch auf. Aber beide spürten einen Kiesel hart, kühles Benehmen zu schaukeln, während die süßliche Gewißheit der Leidenschaft sie durchschliefte. — Für Amelia war es herrlich — aber der Pater Amaro mußte über die Dinge schweigen. Ihr genigte es, seine Anwesenheit, seine Stimme, sein schönes Aussehen kaum zu bemerken und dabei die Augen feuch auf Joao Eduardos Pantoffel zu richten, die sie flügerweise auf seine zu fassen begann.“

Zehntes Kapitel

Der Redakteur der Zeitung „Oz do Distrito“, Agostinho Binheiro, war ein entsetzter Verdamnter von Joao Eduardo.

An einem dieser Abende traf Joao Eduardo den Agostinho ganz begeistert über einen Artikel, den er am Nachmittag des tags hatte. Er meinte, diese Arbeit reiche an die große Kunst eines Victor Hugo heran.

„Du wirst leben — das macht Aussehen!“

Und er las mit schmetterndem Rhythos ein Pamphlet gegen die Geistlichkeit und eine Symne auf Dr. Gobinho. Nachdem die Tugenden des Dr. Gobinho in Prosektion aufmarschiert waren, Objekte des Ekelmuts wie feierliche Schleppe hinter förmlichen Gewändern, wandte sich Agostinho stracks an Kom: „Bemaght du im neunzehnten Jahrhundert dem liberalen Zeitalter einen „Sollebus“ entgegenzusetzen? Verlangt du Krieg? Du sollst ihn haben! Stolz und groß wagt dem Banner der Demagogie, verließ es wohl! Vielmehr das Banner auf dem Banner der öffentlichen Freiheit! Angeführt Vieira, angeführt Europas rufen wir: „Kämber des neunzehnten Jahrhunderts, die du Wollen! Zum Kampf für den Fortschritt!“

„Was, Joao, das ist stark, wie? Das wird sie einschüchtern?“ fragte der Journalist.

Joao Eduardo schmeig eine Weile. Dann sagte er, und er verfluchte die schwellige Prosa Agostinhos zu treffen: „Die Geistlichkeit dürstet danach, uns mit den Schreden der Finsternis zu bannen!“

(Fortsetzung folgt)

Sowjet-Ural schreibt an Mansfeld

Russische Kumpels aus dem Kupferbergbau des Urals wenden sich an die Kumpels des Mansfelder Hungerlandes
Tatsachen als Kommentar zur Stalin-Rede — Mahnung zum Antifriegstag am 1. August und zum zweiten Mansfeldstreik

Mar Hoelz bekam den Auftrag

„Moskau, im Juli 1931.
An die Arbeiterkorrespondenten im Mansfelder Gebiet.
(Durch die Redaktion des „Klassenkampf“ in Halle a. d. S.)
Teure Genossen!

In der Anlage sende ich Euch das Original sowie die Uebersetzung des Schreibens, das die Arbeiterkorrespondenten „Stoßbrigade „Pravda“ des neuen großen Kupferbergbau- und Kupfererzveredlungs-Kombinats Ural-Med-Stroj im Großen Ural mir zur Weiterleitung an Euch übergeben haben.

Ferner findet Ihr anbei eine Anzahl Fotografien dieses Kupferbergbau-Kombinats, darunter auch ein Bild, auf dem zu sehen ist, wie die Arbeiterkorrespondenten mir auf dem Bahnhof in Ural-Med-Stroj das für Euch bestimmte Schreiben übergeben.

Auf dem Gelände, wo sich jetzt diese gigantischen Industrieanlagen erheben, war vor wenigen Jahren noch kein Stein, kein Haus, kein Schornstein zu sehen. Hier war nur Wald und Sumpf. Die schöpferische Energie der Sowjetarbeiter aber und ihr unerschöpflicher Arbeitsehrgeiz haben für den sozialistischen Aufbau hat in kurzer Zeit Hunderte von Häusern, Fabrikgebäuden, Fördertürmen, Schulen, Klubs und Kinderheimen errichtet.

Ich bitte Euch, den Wunsch der Genossen zu erfüllen und mit ihnen in einen regelmäßigen brieflichen Austausch zu treten.
Mit herzlichem Gruß und Rot Front
Euer Mar Hoelz“

Und nun der Brief selbst

Genossen Arbeiterkorrespondenten von Mansfeld!

Am ruhmreichen Jahrestag der Roten Armee senden wir Arbeiterkorrespondenten, Stoßtrupp „Pravda“, Arbeiter auf dem neuen Giganten der farbigen Metallurgie, durch Mar Hoelz Euch proletarische Kampfesgrüße.

Von Tag zu Tag werden die kapitalistischen Länder der Welt härter und härter von der ökonomischen Krise gerüttelt. Millionen Arbeiter werden auf die Straße geworfen, Hunderttausende von Arbeitslosen stehen in Deutschland ohne Obdach und Brot da. Immer härter spüren sich die Klassenunterschiede zu. Unaufhörlich verzweifelt sich der Klassen-



Genosse Mar Hoelz

spricht mit den russischen Genossen auf dem Bahnhof Ural-Med-Stroj

Kampf in der ganzen Welt. Die Reihen der kommunistischen Arbeiter schwellen an, es wächst die kommunistische Partei, der Stoßtrupp des Proletariats im Kampf um den Sozialismus.

Das kapitalistische System geht schnell und unausweichbar seinem Untergang entgegen. Und keine Förgabels, Geklingels und Kautschos können den Vormarsch der sozialistischen Weltrevolution verhindern.

Die Bourgeoisie sucht einen Ausweg im Weltkriege. In erster Linie bereitet sie den Krieg gegen die Sowjetunion vor, denn sie ist die Verkörperung des neuen sozialistischen Systems, das den Kapitalismus ablöst.

Wir wissen sehr wohl, daß unsere Rettung in der Industrialisierung des Landes, in der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren liegt. Hierfür besitzen — wie Genosse Stalin sagt — alle notwendigen Voraussetzungen. Der Ural ist überreich an den verschiedensten Naturerzeugnissen. Auf dieser Basis, auf der Basis der großen Kupfererzvorkommen, errichten wir unser Kupferhütten-Kombinat.

Es wird an der Stelle gebaut, wo vor fünf Jahren noch wilde Tiere kreuzten und wo vor 12 Jahren unsere Partisanengruppen der Roten Armee halfen und die mit den Mitteln des anglo-französischen Imperialismus ausgerüsteten Banden Koltschaks in die Flucht schlugen.

Unser Kombinat wird ein wichtiges Rettungsglied der zweiten Nahrungswirtschaftsbasis der Sow-

jetunion, die auf dem weiten ural-sibirischen Territorium errichtet wird.

Wie groß seine Bedeutung ist, könnt ihr daraus ersehen, daß im alten vorrevolutionären Rußland jährlich 30 000 Tonnen Kupfer ausgeschmolzen wurden, während unser Kombinat allein am Ende des Fünfjahresplanes 40 000 Tonnen und späterhin sogar 80 000—100 000 Tonnen Kupfer erzeugen wird.

Wir, Stoßtrupp der „Pravda“ und Arbeiterkorrespondenten des „Giganten“, haben Mar Hoelz und allen Arbeiterkorrespondenten Deutschlands das Versprechen gegeben, diese Kampfaufgabe zu erfüllen.

Im Gegensatz zu der lähmenden Arbeitslosigkeit der europäischen Länder haben wir bei uns die Arbeitslosigkeit liquidiert, ja wir leiden sogar an einem ungeheuren Mangel an qualifizierten Arbeitsträften. Unsere

Das Gesicht der roten Hauptstadt

Moskau, im Juli 1931

Der gewaltige Schwingen der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft der Sowjetunion (auf die feste Basis und wurde zur entscheidenden Voraussetzung für den neuen Aufschwung der städtischen Wirtschaft — eines höchst wichtigen Gliedes im System des sozialistischen Aufbaus, das auf dem vor kurzem stattgefundenen Plenum des 3. der kommunistischen Partei der Sowjetunion Gegenstand der Erörterung war.

Der Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über die Stadtbauwirtschaft ist ein geschichtliches Dokument, das mit äußerster Klarheit die Gesamtheit der Aufgaben des kommunalen Aufbaus umreißt, als eines mächtigen Hebelns zur weiteren unaußerselbständigen Steigerung des materiellen und geistigen Lebensstandes der proletarischen und der werktätigen Massen, das neue Siegel im Kampf um den Fünfjahresplan, um das erfolgreiche Voranschreiten des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR bedingt.

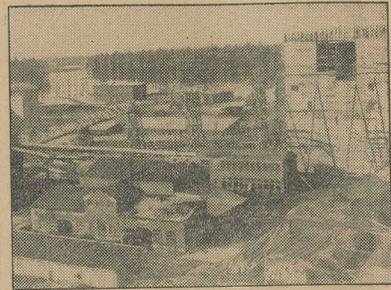
Die Hinterlassenschaft des vorrevolutionären Rußlands an die Arbeiterklasse der Sowjetunion war eine lediglich äußerlich rüchardig organisierte städtische Wirtschaft mit ihrem kapitalistischen Verhältnis üblichen, verhältnismäßig wohl eingerichteten Innenteil der Stadt und den schmuckigen, elenden, der Beleuchtung, der Wasserleitung, der Kanalisationsanlagen sowie der gepflasterten Straßen entbehrenden Arbeiterwohnvierteln.

Der ungeheure Wohnungsnotstand riefte naturgemäß die Wohnungsfrage in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Moskauer Sowjets. Im alten Moskau gab es, wie allerwärts unter dem Kapitalismus, bequem eingerichtete, helle, gutgeheizte große Wohnungen, die bis zur Oktoberrevolution ausschließlich von den bürgerlichen, privilegierten Bevölkerungsschichten besetzt wurden. Die Arbeiter wohnten in Courtrain-Räumen, in halben Kellermwohnungen, in der Art von Zellen und Kammern, und vegetierten in den Vororten in beispiellos unhygienischen Verhältnissen, lebten dicht zusammen, in Sogmus und Dred, durch den man kaum hindurch konnte.

Die Oktoberrevolution hat mit diesen Verhältnissen radikal aufgeräumt. Wenn bis zur Revolution im ersten Boulevardring, d. h. unmittelbar im Zentrum der Stadt, in den bequem eingerichteten Häusern insgesamt nur 325 Prozent Arbeiter wohnten, so wohnen heute hier 34,7 Prozent Arbeiter. Im zweiten Boulevardring wohnten bis zur Revolution nicht 5 Prozent Arbeiter, heute — etwa 45 Prozent.

Das wurde durch die Munizipalisierung aller großen Häusergrundstücke, die den Arbeiterwohnungsangehörigen zur Verfügung gestellt wurden, und durch die Umwandlung der Arbeiter aus den Kellerwohnungen in die Wohnungen der Bourgeoisie erreicht.

In den folgenden Jahren hat der Moskauer Sowjet das Wohnungsneubauwesen im großen Umfang entwickelt. Allein in den letzten fünf Jahren wurden in Moskau 5000 neue Häuser mit einer Wohnfläche von über 2 Millionen Quadratmeter gebaut. An die neuen Wohnungen überließen mehr als 450 000 Menschen, davon 70 Prozent Arbeiter. Dort, wo vor kurzen noch freie Plätze und Schuttanlagenbestände waren, sind neue Arbeiterwohnungen emporgeschossen: Ufischtskaja, das Danauer Viertel, das Dubrowka-Viertel usw. Ungeheuer, unter kapitalistischen Verhältnissen ganz undenkbarer Ausmaße des Wohnungsbaus weilt das laufende Jahr an der Leistungsfähigkeit des Moskauer städtischen Volkswirtschaftswesens



Das Kupferbergwerk Ural-Med-Stroj

Stoßtruppler verwirklichen die Worte Stalins und haben den Feldzug zur Eroberung der Technik aufgenommen.

Die Brigade Rufins ist die Avantgarde im Feldzug zur Eroberung der Technik. Hierbei ist uns eure Hilfe nötig, denn je, indem ihr uns die besten proletarischen Deutschlands auf den Giganten läßt.

Wir wenden uns an Euch mit der Bitte, einen systematischen internationalen Kontakt zwischen den Arbeiterkorrespondenten Mansfelds und den Arbeiterkorrespondenten des Uraler Kupferwerks herzustellen.

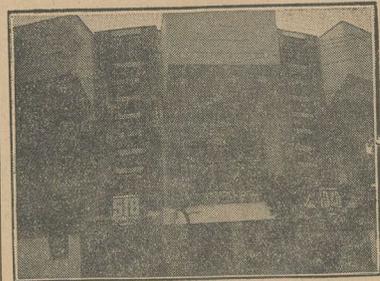
Im Interesse einer Vertiefung der internationalen Beziehungen bilden wir aus den Mitgliefern des Stoßtrupps „Pravda“, den Arbeiterkorrespondenten der Zeitung „Gigant“ eine besondere Brigade zur Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung mit Euch.

Im Namen von 70 Stoßbrigadieren der Brigade „Pravda“ auf dem Uraler Kupferwerk und von 140 Arbeiterkorrespondenten der Zeitung „Gigant“:
Blasjento, Schennin, Siewanuj, Sidorenko, Glajunow, Permilit, Wljesjenn.

gewaltig gestiegen. Die Anzahl der Straßenbahnpassagiere ist gegen 1913 um das 5fache gestiegen. Die Gleislänge hat im Vergleich zu 1913 um 161 Prozent zugenommen, in der Hauptplache durch den Straßenbau in den Arbeiterbezirken. Die Zahl der Straßenbahnwagen hat sich um das Doppelte erhöht.

Die Zahl der Passagiere der Moskauer Straßenbahn betrug 1931 1350 Millionen, mit anderen Worten, fast um das Doppelte mehr Passagiere, als die Pariser und die Berliner und fast um das Eineinhalbfache mehr als die Londoner Straßenbahn. Der Autobusverkehr dient in der Hauptplache den Arbeiterbezirken, und seine Einführung ist, ebenso wie die Einführung des Taxisverkehrs, erst in der nachrevolutionären Zeit in Moskau erfolgt. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die in Moskau weit von ihren Betrieben wohnenden Arbeiter Vorzugsstarke für die Straßenbahn- und Autobusfahrt erhalten.

Das ist eine bei weitem nicht vollständige Aufzählung der Errungenschaften der Willensanstrengungen des Proletariats unter der erprobten Führung seiner Partei, der Errungenschaften des sozialistischen Systems selbst, wie sie die kapitalistischen Länder nicht aufzuweisen haben und auch gar nicht aufzuweisen können, weil dort eine Millionen-erwerbslosigkeit, Hunger und Elend sowie brutale Ausbeutung herrschen und weil dort die städtische Wirtschaft eine Quelle ist,



Das rote Moskau

Einer der vielen neuen Arbeiterklubs

aus der das Häuflein von Fabrikanten, Handelsleuten und Bankmagnaten immer neue Profite für sich herauszöndeln.

Die Beschlässe des Plenums des ZK der KPSU umfassen mit weitgehender Kontinuität die Gesamtheit der ungeheuren Aufgaben des weiteren Aufbaus und der sozialistischen Rekonstruktion des städtischen Volkswirtschaftswesens (Wohnungsbaus, Kraftstromanlagen, Wegbau und unterirdische Anlagen, Beleuchtungsweisen, Grünanlagen in den Arbeiterbezirken, Bau einer Ubergangsbahn, Rekonstruktion der Straßenbahnwesens, Regulierung des Moskauer Flusses durch Verbindung desselber mit den Quellgebieten des Wolgastroms).

Auch auf diesem Gebiete der Stadtbauwirtschaft ist die Arbeiterklasse der Sowjetunion drauf und dran, die „fortschrittlichen“ kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen.



schmeckt noch besser
als die bisherigen neun Ova-Cigaretten
in einer Packung.

Von nun an wieder 10 **OVA**-Cigaretten
in jeder Packung
für 50 Pfa.

Überall fabrikkfrisch!

Rund um den Erdball

Sowjetrußland als Hort ernster Wissenschaft und Kühner Forschung

Der Polarflug des Luftschiffes „Zeppelin“

Sowjeteisbrecher „Malgin“ an Stelle des havarierten amerikanischen U-Bootes „Nautilus“

Am 24. oder 25. Juli soll das Luftschiff „Zeppelin“ von Friedrichshafen nach Penningrad starten, von wo die sorgfältig vorbereitete Polarfahrt über Archangelst, Kaiser-Franz-Joseph-Band oder nach Nordosten über Nowaja Sibirien erfolgen soll. Durch die Havarie des amerikanischen U-Bootes „Nautilus“ hat der Plan infolgedessen die erste Abänderung erfahren, daß nunmehr der eismäßig betante Sowjet-Eisbrecher „Malgin“ dessen Stelle einnehmen wird. In Penningrad wird bereits ein Ankerquai und eine Wasserstoffanlage errichtet und überhaupt alles Notwendige zum Empfang des Luftschiffes vorbereitet.

Ein Unternehmen mit praktischen Zielen

Der Polarflug des „Zeppelin“, der etwa fünf bis acht Tage in Anspruch nehmen dürfte, ist nicht als sportliche Leistung, sondern als rein wissenschaftliches Unternehmen mit praktischen Zielen gedacht. Da unsere geographischen Kenntnisse über die Polargebiete trotz der opferreichen Arbeit zahlreicher Wissenschaftler verständlicherweise noch recht lückenhaft sind, soll jetzt versucht werden, mittels Luftschiffes die topographischen und meteorologischen Verhältnisse der Arktis genau zu erforschen, die weichen Flecke der Landkarte durch kartographische Aufnahmen auszufüllen und empirisches Material über die meteorologischen und ärologischen Erscheinungen der Arktis zu sammeln.

Die Expedition geht unter der Leitung Dr. C. G. von der Lunge, der das Luftschiff führt, und des bekannten sowjetrussischen Arktisforschers, Genosse Prof. G. Samoilowitsch. Unter den Teilnehmern befinden sich namhafte Wissenschaftler aus deutschen, schwedischen und amerikanischen Fachkreisen.

Von besonderer Bedeutung für die Durchführung der Expedition ist die tätige Anteilnahme der Sowjetregierung an derselben. Die verschiedenen arktischen Beobachtungsstationen der UdSSR sind angewiesen worden, dem Luftschiff über ihre meteorologischen und aerologischen Beobachtungen laufend Spezialberichte zu übersmitteln. Die Sowjetregierung hat in Penningrad eine eigene zu diesem Zweck in Deutschland gelieferte transportable Wasserstoffanlage errichtet.

Bemerkenswert ist, daß zu den wichtigsten Beobachtungsinstrumenten der Expedition die sogenannten Mollschonom-Geräte gehören werden. Konstruktionen des Direktors des Meteorologischen Observatoriums bei Penningrad, Professor Mollschonom. Das Prinzip dieser Geräte ist eine automatisch registrierende und durch einen Kurzwellensender automatisch berichtende Apparatur, die Temperatur, Luftdruck und Luftfeuchtigkeit zu messen imstande ist. Das Luftschiff wird solche automatische Registrierapparate mitführen und sie an kleinen Freiballoon montiert unterwegs auslegen, um von ihnen Berichte zu erhalten.

Sowjeteisbrecher „Malgin“ springt ein

Die Vorbereitungen sind nun soweit gediehen, daß das Programm dieser als Probefahrt gedachten ersten Expedition mit einiger Sicherheit festgelegt werden konnte. Eine Veränderung der Dispositionen ist in letzter Zeit noch infolgedessen eingetreten, als die ursprünglich vorgesehene Kooperation des Luftschiffes mit dem U-Boot „Nautilus“, mit dem Willins unter der Eisecke den Nordpol erreichen wollte, zuminst vorläufig wegfiel, da das U-Boot eine schwere Havarie erlitten hat, die es unabweislich erscheinen läßt, daß es in Juli die geplante Nordpolfahrt antreten könnte. Inzwischen sind Verhandlungen eingeleitet worden, um eine Kooperation des Luftschiffes mit dem sowjetrussischen Eisbrecher „Malgin“ herbeizuführen. Der Eisbrecher „Malgin“ unternimmt am 15. Juli von Archangelst aus unter Leitung des sowjetrussischen Polarforschers Professor Wiese eine mehrwöchige Fahrt in die Arktis, an der auch Touristen teilnehmen. (Dieses einzigartige Touristenunternehmen wird vom staatlichen Reisebüro der UdSSR, „Intourist“, organisiert.)

„Malgin“ wird zu diesem Zweck die Richtung seiner ursprünglichen vorgesehene Fahrtroute ändern, um sich auf der Flugroute des Luftschiffes aufzuhalten. Vorgesehen ist ein gegenwärtiger Ausbruch von Beobachtungen, etwa auf die Weise, daß der Eisbrecher dem Luftschiff rechtliche Mitteilungen über Eisverhältnisse, eisfreies Fahrwasser usw. erhält, während „Malgin“ an das Luft-

schiff Berichte über Temperaturen, Barometerstand, Windrichtung und -stärke übermitteln wird. Geplant ist ferner eine unmittelbare Begegnung zwischen Luftschiff und Eisbrecher mit dem Zweck, auf die Weise, daß das Luftschiff über dem Eisbrecher auf geringer Höhe niedergeht, dort festhält, mit dem Eisbrecher die von beiden mitgeführte Post und eventuell auch Passagiere mittels Seilen austauscht.

Automatische Wetterstationen

Durch die geplante Errichtung von Wetterstationen in der Arktis mittels des oben erwähnten Mollschonom-Geräts würde eine wertvolle Ergänzung zum Netz der bisher schon be-

Blutbad in Korea

Auf der Halbinsel Korea ist es durch den künstlich geschürten Rassenhaß zu Metzelen zwischen Koreanern und Chinesen gekommen. In der Hauptstadt Seoul hielten mehr als 500 Chinesen in das chinesische Konsulat, das daraufhin von den Koreanern angegriffen und völlig zerstört wurde. Ein großer Teil der Chinesen soll dabei niedergemetzelt worden sein. — Unsere Aufnahme zeigt die Hauptstraße in Seoul.



Tolle Mißstände bei der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei

Leiden zweier Polizistinnen angeschwemmt

Erbittete Protektionskämpfe in den Amtsräumen des Sozialdemokraten Schönfelder

Hamburg, 10. Juli. Die erbitterten Protektionskämpfe, die sich seit Monaten bei der weiblichen Kriminalpolizei Hamburgs unter dem Sozialdemokraten Schönfelder abspielten, haben jetzt zwei Polizistinnen und zwar die Inspektoren B. Meyer und die Oberreifeinrichterin Fischer zu einem geradezu dramatischen Selbstmord getrieben. In der vergangenen Woche haben diese beiden Beamtinnen den Dienst verlassen und dem stellvertretenden Polizeipräsidenten brieflich mitgeteilt, daß sie sich auf der Nordseeinsel Wellhorn gemeinsam das Leben nehmen würden. Trotzdem von Hamburg aus sofort Beamte nach dieser Insel geschickt wurden, um den Selbstmord zu verhindern, waren die Frauen unzufindbar. Am Mittwoch nun wurden die Leichen der beiden Frauen bei Wellhorn zusammengefunden angeschwemmt. Allen Ansichten nach waren sie weit ins Meer gefahren, haben sich dort mit der Dienstausrüstung Schiffe in den stoff beigebracht und sind dann ins Meer gestürzt.

Die Hintergründe dieses dramatischen Doppelselbstmordes offenbaren geradezu haarsträubende Zustände innerhalb der weiblichen Kriminalpolizei Hamburgs. Dort haben sich seit längerer Zeit zwei Parteien gebildet, die sich, nach einer vorsichtig gehaltenen Bürgerlichen Meinung, wohl über den Umfang der normalen Amtstätigkeiten verfeindet hatten. Während die eine Partei also mit der Leiterin der weiblichen Kriminalpolizei, Frau Regierungsrätin Josephine Erkens, die sich des besonderen

gehenden Wetterstationen Sowjetrußlands geschaffen und für die Meteorologie und damit die Luftfahrt eine neue Epoche eröffnet werden.

Die Sowjetregierung fördert diese vom Standpunkt des internationalen Verkehrs und der Wissenschaft höchstwertigen Pläne in jeder Hinsicht. Sie sind auch für die Verkehrspläne der Sowjetunion selbst infolgedessen von Bedeutung, als sie in ihren nördlichen Gebieten einen regelmäßigen Flugverkehr einzurichten beabsichtigt.

Die zu erwartenden wichtigsten Ergebnisse des Polarfluges mit dem „Zeppelin“, an dessen Bord Wissenschaftler und Fachleute des Reichs, der Sowjetunion und anderer Länder in der Lösung wissenschaftlicher Probleme miteinander arbeiten werden, dürfte ein weiterer, weiterhin sichtbarer Beweis dafür sein, daß der erste Arbeiterstaat der Welt nicht nur Helfer und Freund der Unterbrüder, sondern auch in wahrhaft vorbildlicher Weise ein Hort ernster Wissenschaft und Kühner Forschungen ist.

Wohlmüllens des Polizeileiters Schönfelder erkreute, durch die und dünn ging, fand die andere Partei unter Führung der jetzt freiwillig aus dem Leben geschiedenen Beamtinnen ein erbittertes Opposition. Ja, diese Feindschaft hätte sich so zu, daß es schließlich zu einer solchen Schlägerei in den Amtsräumen der weiblichen Kriminalpolizei kam, wobei ein großer Teil des Mobiliars kurz und klein geschlagen wurde. Hierauf verließen die beiden Beamtinnen Dopfert und Fischer das Polizeigebäude, um den angelegentlichsten Selbstmord auszuführen.

Die Hamburger Polizei, die, wenn es sich um kommunalen handelt, nicht schnell genug mit offiziellen Meldungen und Verfügungen bei der Hand ist, ist diesmal, in ihrer eigenen Angelegenheit, eigenmächtig schweigend. Man erzählt sich, daß Frau Regierungsrätin Erkens und die beiden toten Beamtinnen vor vier Jahren von Frankfurt nach Hamburg versetzt worden waren, um hier die weibliche Kriminalpolizei zu organisieren. Hier in Hamburg war es nun der Polizeileiter Schönfelder, der Frau Regierungsrätin Erkens in jeder Beziehung förderte — aus welchem Grunde wohl? — während die beiden anderen nach Hamburg versetzten Beamtinnen mehr und mehr an die Wand gerückt wurden. So kam es denn zu der erbitterten Rivalität und schließlich zum Selbstmord der beiden. Alles in allem ein unangehöriger Charakteristisches Bild, wie es heute in der deutschen Polizei aussieht. Also Futternebel, Protektion, Schleichungen, Demunstationen, Prügelzeiten, ja sogar Selbstmord. Saubere Ordnungshüter, alle Mühe...

Sturm über Dänemark

Überall katastrophale Verheerungen

Kopenhagen, 10. Juli. Das Unwetter, das am Mittwoch einsetzte hat, hat in Dänemark Verheerungen angerichtet, wie man sie seit Menschengedenken nicht hat feststellen können. Besonders die Inseln und Süddänemark und Nordjütland sind furchtbarst verwüstet worden. Kopenhagen selbst ist ziemlich verschont geblieben. Auf Seeland und Falster sieht die Gegend aus, als wäre eine Sturmflut über sie hinweggegangen.

Alle Telefonverbindungen mit diesen Inseln sind unterbrochen. Ueber 200 Millimeter Regen sind seit Mittwoch morgen gefallen. Es hört sich unglücklich an, wenn man erfährt, daß auf weiten Bodenteilen das Wasser 100 mm mit und die Wasser steht dabei sind, zu retten, was noch gerettet werden kann. Auf Seeland betragen die Niederschläge 116 Millimeter. Die gesamte Erdbreite-Ernte ist dort vernichtet. Drei neue Bauernhäuser, die gerade fertig und bezogen waren, sind in der Nähe von Odense vom Sturm umgeweht worden.

Am schlimmsten sieht es aber in Nordjütland aus. Apenrade gleicht einer Stadt, durch die eine Sturmflut gegangen ist. Große Straßenbrücken hängen unter Wasser und konnten nicht passiert werden. Man mußte durch die Straßen in Booten fahren. Das ganze Stadtgebiet um die Hafenstädte und den Marktplatz war ein großer See. Das Wasser konnte keinen Abfluß finden, da die Kanalisation völlig verstopft war.

Dynamitexplosion in Chile

Zahlreiche Tote und Schwerverletzte

London, 10. Juli. Zu dem chilenischen Hafen Coronel sind gestern 20 Äksten mit Dynamit in die Luft geflogen, wobei neben einem reichen Sachschaden eine große Anzahl Arbeiter getötet sowie viele weitere Personen schwer verletzt wurden. Wie verlautet, soll das Unglück durch unvorsichtige Handhabung der Sprengstoffkisten entstanden sein.

Mit dem AIZ-Freundeskreis in die USSR.

Der Freundeskreis der AIZ teilt mit: Wir fordern alle Leser dieser Zeitung auf, die ihre Ferien billig in der Sowjetunion verbringen wollen, sich an unserer Ferienreise zu beteiligen. Die Reise beginnt am 15. Juli in Berlin, dauert 2 Tage und führt über Penningrad nach Moskau und kostet nur 225 Mark. Es ist somit die billigste Gelegenheit nach der Sowjetunion zu fahren. Prospekte sind anzufordern beim AIZ-Freundeskreis, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48.

Baunnglück in Berlin

Berlin, 10. Juli. Am Freitagvormittag ereignete sich auf dem in nächster Nähe des Alexanderplatzes gelegenen Neubau des großen Zentralverwaltungsgebäudes der Rudolf-Harbig-WG ein folgenschweres Baunnglück.

Am dem riesigen Gebäude führte plötzlich eine Gerüstbrücke ein, wobei sechs Arbeiter mit in die Tiefe gerieten und größtenteils von den nachstürzenden Leitern, Brettern und Balken begraben wurden. Alle wurden verstorben, vier davon so schwer, daß sie in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Die Ursache des Unglücks ist angeblich bis zur Stunde nicht bekannt.

Touristen am Montblanc verschollen

In Chamoni ist man sehr beunruhigt über das Ausbleiben von vier Montblanc-Touristen. Diese waren zu einer Besteigung des Montblanc aufgebrochen und wollten bis spätestens Dienstag zurück sein.

Berlin, 10. Juli. (Sonderdruck)

Aus der Arbeit der R.G.O.

Zwei Meldungen — ein Gedanke

Großagräner und DDB-Bonzen zittern vor dem Streik der Landarbeiter

Die Mittwochs Ausgabe des „Vorwärts“ bringt in ihrem Gewerkschaftsteil folgende Notiz:
„Erntearbeiterliche Kommunistische Zwerchbieren auf dem Lande. Seit langem bemühen sich die Kommunisten, dem Deutschen Landarbeiterverband das Wasser abzugraben. Da sie bis jetzt keinen Erfolg hatten, versuchen sie es nunmehr mit einer Streikbewegung unter den Landarbeitern. Das mit wilden Erntearbeitern nur der Agraristen ein Gefallen erweisen wird, sehen die großen Strategen der RGO nicht ein.“

In der letzten Nummer des „Reichslandbundes“, dem Organ der deutschen Großjunker, befehlen sich die Herren von der „grünen Front“ mit den Vorbereitungen der Landarbeiter zu den Erntearbeitern und zeigen mit folgenden Worten, wie groß der „Gefallen“ ist, den die RGO den Junkern bereitet:

„Wenn es je einen frivolen Streik gibt, dann ist es der Erntearbeiter, der von der kommunistischen Propaganda mit brutaler Offenheit proklamiert wird. Wie planmäßig das kommunistische Vorgehen ist, und wie sich die kommunistische Maulwurfsarbeit auf jedem Gebiet der Politik einzufächeln läßt, dafür ist die verstärkte Landpropaganda der Partei des Herrn Schäffmann ein eloquenter Beweis.“

Zum Schluß dieses Artikels fordert der „Reichslandbund“ „an die RGO“ an, die „Reform“ gegen die Kommunisten. Das gemeinsame Vorgehen von reformistischen Landarbeiterbonzen und Großjunkern zeigt, wie richtig und notwendig es ist, gegen den unerhörten Lohnraub der Großagräner überall in Deutschland den Erntearbeiter zu organisieren.

Man muß den sozialdemokratischen Arbeitern an Hand obiger Gegenüberstellungen zeigen, wie sich reformistische Gewerkschaftsbürokraten und Großagräner in einer Einheitsfront gegen das Landproletariat zusammen gefunden haben.

Die Lohnsteigerungen der Eisenbahner

Auf dem Generalkonferenz der Eisenbahnerarbeiter lagte der Generalsekretär des Verbandes, Genosse Schwenn, nach einer Mitteilung der „Economichele Schin“ vom 4. Juni, daß in den letzten Jahren die Lohnsteigerungen der Eisenbahnerarbeiter der Sowjetunion außerordentlich gewesen sind. Seit 1926 wurden die Löhne im Eisenbahnbetrieb um rund 62 Prozent erhöht.

RGO-Sieg in sächsischer Textilfabrik

Bei der am 3. Juli stattfindenden Betriebsratswahl der Firma Textilmot Fabrik, Werdau (Sachsen), erhielt die RGO 104 Stimmen, die Reformisten 72 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 99 Prozent.

In diesem Betrieb wurde zum erstenmal eine rote Liste aufgestellt. Die Wahl zeigt die Abkehr der Arbeiter von den „linken“ SPD-Führern.

Neue Massenentlassungen bei Lindner, Ammdorf

A. A. Wir erhalten von einem kürzlich bei Lindner entlassenen Arbeiter ein Schreiben, in dem er uns die Entlassung von sieben seiner Kollegen mitteilt. Der Kollege betrachtet die Entlassung als das Werk des Meisters Schenken und fordert in diesem Schreiben die gesamte Belegschaft auf, den Kampf gegen diesen Meister, der angeblich die Leute aus „eigenem Maßnehmen“ entläßt, aufzunehmen. Dazu erfahren wir, daß es sich in Wirklichkeit um eine Maßnahme der Betriebsleitung handelt und daß die entlassenen Arbeiter Leute sind, die im Betrieb nicht immer folgsam gehandelt haben. Sie sollen sich, um ihre Position im Betrieb zu erhalten, zum Teil der gelben Berggenossenschaft und den Nazis angeschlossen haben. Einige von ihnen sollen sogar schon Streikbrecherarbeit geleistet haben. Wenn diese Arbeiter nun trotzdem entlassen wurden, dann beweist das nur, daß jeder Prolet, der sich auf diese Weise einmischen und mischbräuen läßt, sich immer selbst überflüssig macht. Der Zusammenbruch und die Stimpfe der gesamten Belegschaft gegen das Unternehmertum, liefert also sich selbst und seine Klassenfeinde

Die Reichsinnpflicht bantrott!

Zum Monat August können keine Renten gezahlt werden. Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen, Betriebsarbeiter, nehmen hierzu Stellung und fordern Betreuer zu den am Sonntag stattfindenden Konferenzen in

- Leuchern, vormittags 10 Uhr, im „Grünen Baum“;
- Neumark, vormittags 10 Uhr, Lokal Schumann;
- Wansleben, vormittags 10 Uhr, Lokal Graumann.

FAB-Bonzen für Notverordnung

Bassiner ist „dagegen“

Am 3. Verhandlungstag des Verbandstages des Fabrikarbeiterverbandes wurde über den Bericht diskutiert, es sprachen sich nur Verbandsangehörige. Auf eigenmächtige Probleme, die im Zusammenhang mit der folgenden Vereinfachung der Fabrikarbeiter RGO und Kommunisten. Dabei zeichneten sich besonders die Bonzen Hartwig-Kahn, Hüder-Berlin, Lange-Weißwasser und Nidel-Heidenau aus.

Eine große Rolle spielte ferner die Frage der Aufhebung des Reichsinnpflichten Bundes. Das Sonderblatt, das bei der Vereinfachung abgelehnt wurde, soll fallen und die beiden Verbandszeitschriften zusammengelegt werden. Von den großen Verfassern einer gewissen Selbständigkeit der Glas-, Porzellan- und Grobkeramikarbeiter trat keiner auf, obwohl sie auf dem Verhandlungstag in Hamburg noch lebhaft Gegenstände gefordert haben. Der Brandlerist Bassiner legte Wert darauf, seine „linken“ Forderungen, die er in demagogischer Form vorbrachte, mit einer besonderen Andeutung an Bren zu verbinden, indem er ebenfalls die RGO und RPD als die Spalter hinstellte. Bren hat ihm dafür auch seinen besonderen Dank ausgesprochen und wird seine Ausführungen höher als Beweis des Kampfes gegen die Opposition in der Reichsinnpflichten Front gegen die Notverordnung ansehen. So ist hier erinnert, daß er als Gemeindevorsteher in Westerbek gegen einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung stimmte.

Im Schlußwort verteidigte Bren nochmals die Notverordnung und verteilte die Fabrikarbeiter auf die Reichsinnpflichten im Oktober, wo sich die Sozialdemokratie für Milderungen einsetzen wolle.

Nach einer Verhöhnung der Inorganisierten, zu denen er auch die RGO-Mitglieder rechnet, verließ Bren dann in die „Wirtschaftsdemokratie“. Er verlangte wieder einmal „Mitbestimmung“ der Arbeiter in Staat, Politik und Wirtschaft.

Gegeben 2 Stimmen wurde eine Entlassung angenommen, in der ausdrücklich betont wird, daß der FAB die bisherige Politik weiterzuführen soll. Die Sozialdemokratie soll auch weiterhin ideell und finanziell tatkräftig unterstützen werden. Vor allem dem Abbau der Löhne und der Sozialversicherungsgesetze wird „gewünscht“. (1) Die Reichsinnpflichten soll durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich bekämpft werden.

Am 4. Verhandlungstag hielt Wille ein Referat über „die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft“. Er als besonnen Förderer der Rationalisierung muß zugeben, daß dieselbe den Arbeitern keinerlei Nutzen gebracht hat. Er begründet das mit einer „Rationalisierung“. Die Krise wird von den Kapitalisten zum Abbau der Löhne und Gehälter benutzt (in wieviel Schiedsprüchen hat Wille allein schon den Unternehmern den Weg zum reichlichsten Lohnabbau gebahnt?). Dann spricht er von „Planwirtschaft“ und erinnert daran, daß er 1919 schon der Auffassung war, die Kapitalisten könnten sehr leicht wirtschaften, denn „Gott läßt sie soviel wachen und die Arbeiter müssen hungern.“

Wenn der Aufbau in Richtung Sozialismus sei, dann wünscht er das den heutigen Arbeitern nicht, so viel Not und Entbehrung könnte die deutsche Arbeiterklasse nicht ertragen, darum muß der langsame aber „sichere“ Weg über die „Planwirtschaft“

Papierarbeiter, entsendet Delegierte

zu der am Sonntag, dem 12. Juli, 10 Uhr früh in Halle, Produktiv, Erziehungslehre, 14 stattfindenden

Mitteldeutschen Papierarbeiter-Konferenz

Es droht der Lohnraub! Wehrt euch dagegen!

eingeschlagen werden. Auch in der kapitalistischen Wirtschaft kann planmäßig gearbeitet werden, wenn sich alle Führer zusammenschließen und alle Kräfte einparieren werden. Die beste Unterführung der Planwirtschaft ist die Stärkung der Gewerkschaften. Deswegen muß die Agitation immer noch die Hauptaufgabe sein. Eine Ansprache über das Referat fand nicht statt. Wer sollte dort auch etwas dazu sagen — die Bonzen?

Die Ansprache muß von den Arbeitern in den Betrieben und Verbänden durchgeführt werden und alle Kräfte einparieren werden. Die beste Unterführung der Planwirtschaft ist die Stärkung der Gewerkschaften. Deswegen muß die Agitation immer noch die Hauptaufgabe sein. Eine Ansprache über das Referat fand nicht statt. Wer sollte dort auch etwas dazu sagen — die Bonzen?

Das Dritte Reich auf dem Rittergut Bassendorf

(Landarbeiterkorrespondenz)

Hier auf dem Gut geht es dauernd herab mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die Kollegen sind von DDB so enttäuscht, daß sie ihn schon längst den Rücken gekehrt haben. Diese Sorte Arbeiter, „Betreuer“ haben durch ihre Politik dafür gesorgt, daß den Landarbeitern alle Ertragsüberschüsse ihrer schweren Kämpfe genommen wurden. Was hört man von DDB-Gutsrat? Der ist genommen worden. Was hört man von DDB-Bonzen? Der ist genommen worden. Was hört man von DDB-Bonzen? Der ist genommen worden. Was hört man von DDB-Bonzen? Der ist genommen worden.

10-jährige Kinder müssen Sonnabends unter Aufsicht eines Nazi-Inspektors in die Dorfschule gehen. Andere Kinder, deren Väter erwerbslos sind, müssen Hausarbeiten verrichten. Dabei sind die Wohnungen der Landarbeiter in denkbar schäblichem Zustand. Für ihre Erneuerung und Ausbesserung soll angeblich kein Geld da sein.

Der Lohn der Kollegen beträgt ganz 13.— Mark pro Woche und wird durch den Abbau der Entlohnung aus wachsend der schweren Entbehrungen nicht erhöht. Im Gegenteil, auch hier soll er noch mehr abgebaut werden.

Die „Herrschaften“ sind natürlich begehrte Anhänger Hitlers und seines dritten Reiches. Die Zustände im dritten Reich dieser Junker sind so schauerhaft, daß die Einwohner von Bassendorf schon öffentlich erklärt haben, sie beenden sich für diese Ziele Hitler und Ludendorffs.

Alle roten Betriebsräte, alle Funktionäre der RGO

Betriebsgruppen, der Parteizellen in den Bergbauerebenen Zeiß-Weißfels, Geisfeld, Oberroslingen und Selbra erschienen zu den Konferenzen am Sonntag, dem 12. Juli in

- Leuchern, vormittags 10 Uhr, im „Grünen Baum“;
- Neumark, vormittags 10 Uhr, Lokal Schumann;
- Wansleben, vormittags 10 Uhr, Lokal Graumann;
- Selbra, vormittags 10 Uhr, Lokal „Tanne“.

der härtesten Ausbeutung aus. Der Unternehmer kann aber auch solche „Reinigungen“ nicht anerkennen. Für ihn gibt es nur eine Lösung und das ist der Streik. Er muß auch, wenn sein Profit mehr gemacht werden kann, seine Laternen und Handlanger auf die Straße werfen. Für die Arbeiter aber gibt es nur eins und das ist der geschlossene Kampf der gesamten Belegschaft gegen Lohnraub und Entlassungen. Dieser Kampf wird besonders notwendig in der gegenwärtigen Situation, in der wieder neue Entlassungen bei Lindner auf der Tagesordnung stehen.

Wie wir erfahren, sollen am 23. Juli weitere 200 Kollegen auf Grund von Stilllegungsverhandlungen, die kürzlich stattfanden, entlassen werden. Die Entlassung wäre schon früher erfolgt, wenn die Belegschaft nicht noch durch Hausbauarbeiten beschäftigt worden konnte. 200 luftbereite Anhänger werden gegenwärtig für die Sowjetunion gebaut. Sie geben der gesamten Arbeiterklasse den Beweis, daß nur der Sozialismus den Wertigen Arbeit und Brot geben kann. Jetzt heißt es bei Lindner: Schluß gemacht mit allen Streikbrechern, Gelben und Renegaten! Schließt die proletarische Einheitsfront und organisiert den Streik gegen Entlassungen, für Herabsetzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich!

Gaswert Halle

A. A. Ein Kollege, der im vergangenen Jahr durch Verkennung schwer verunglückte und infolge längerer Krankheit seinen Urlaub nicht antreten konnte, forderte jetzt, daß ihm dieser nachbewilligt wird. Zuerst wurde seine Forderung bewilligt, doch jetzt plötzlich sollte ihm der reformistische Betriebsrat und Renegat die Forderung im Hinblick auf die Verarmung mit, daß seine Urlaubsgenehmigung zurückgezogen sei. Wie üblich, hat auch dieser Betriebsrat den Antrag des Arbeiters nicht unterstützt. Er denkt gar nicht daran, die Interessen der Belegschaft, die ihn gewünscht hat, zu vertreten.

Während man so den Arbeitern ihre elementarsten Rechte nimmt, verfährt die Verwaltung mit den Wertmeistern und den übrigen höheren Angestellten anders. Der Obermeister Bernide hat seinen vorjährigen Urlaub ohne besonderen Grund erst diesem Betriebsrat genehmigt, und Renegaten! Schließt die proletarische Einheitsfront und organisiert den Streik gegen Entlassungen, für Herabsetzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich!

Ob wir auf unsere Kosten kommen,

wird zweifelnd gefragt, da wir Qualitäts-Zigarren aus reinen Übersee-Tabaken so billig liefern.

Das ist der Fall, denn sie verlangen unsere preiswerten Marken in immer größerer Masse.

Uns genügt es, gewiss zu sein, dass die Raucher auf ihre Kosten kommen.

Hierdurch rollt unser Maschinenpark und gibt tausenden, bisher Arbeitslosen, Brot.

10 REITER INDIANER 10

Rein Übersee-Zigarre und doch nur 10

Das sind unsere
 24% Havana
 15% Brasil
 23% Sumatra
 38% Sumatra
 Sumatra-Deutscher

Klassenkampf



Man muß informiert sein!

Papierfabrik in Annaberg. Frühstückspause. Die Kollegen essen schweigend ihr Brot und denken. Moran. Heute war Sonntag. Ertümlig wurde die Krietenfeuer abgezogen. Wie soll man die Einde ausbilden...

Die Nazis sind nicht Kantsgefährlich

In den letzten Tagen überflogen sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen in der Hege gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Führerin, die Kommunistische Partei. Täglich wird ein härteres Vorgehen der Polizei und Regierung gegen die Kommunisten gefordert...

Ein nationalsozialistisches Waffenlager gefunden

Beim der Kriminalpolizei stellte in Großschönwitz ein Kessel voller Waffen ein nationalsozialistisches Waffenlager fest. Hinter dem Bett verdeckt lagerten vier Militärgewehre (zwei Infanteriegewehre, Modell 98, und zwei Karabiner, Modell 98). Im Keller derselben Wohnung wurden 750 Schuß S-Munition in Packungen gefunden.

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

Bei den Gemüsebauern in Thüringen

Klein ist das Land und unerträglich der Nacht- und Steuerzins

Das Duden hilft nicht, es hilft euch nur der Kampf - Fort mit dem Steuer- und Nachtwucher! Enteignung des Fürsten! - Land den landarmen Bauern!

„Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern betragen mindestens 5 Milliarden Mark. Wir verlangen hier die Tilgung dieser Schulden! Die Schuldzinsen der verfallenen Bauern an die Banken und Geldwucher betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark. Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital. Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich. Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern. Die Pachtzinsen der verfallenen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark. Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer. Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle.“ (Aus dem Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei.)

Die Thüringer Flur bei Keiltra siegt vollständig eingeschlossen von den riesigen Gärten der Fürsten von Gotha. Die Thüringer Bauern haben nur wenige Morgen Eigentum. Diese Kleinheit des Besitzes hat sie gezwungen, zur intensiven Bodenbearbeitung, zum Gemüsebau gezwungen. Trotzdem können sie von dem meinsten Land nicht existieren und sind gezwungen, vom Fürsten Land zu pachten.

Die kleinen Gemüseparzellen müssen alle von Hand bearbeitet werden. Es kann nicht einmal der Flug zur Anpflanzung genommen werden. Schon das bedeutet eine ungeheure Arbeitsbelastung. Dreimal die Woche fahren sie mit dem Gemüse zum Markt, 19 Kilometer weit, nach Nordhausen, Sondershausen oder weit in den Harz hinein. Zusätzlich müssen die Nachträge, die zum Teil weit weg liegen, bestellt werden. Die Einnahmen für all diese Arbeit ohne Ende sind lächerlich gering und werden immer geringer.

Einen Stundenlohn auszurechnen, darf man gar nicht anfangen. Augenblicklich sind Wöhren die Haupternte. Für ein Schopfband werden 15 Pfennig bezahlt. Die Bauern haben uns vorgerechnet:

Wenn man einen normalen Arbeitseinsatz einsetzt, dann geht die Einnahme allein für Ernte und Verkauf drauf. Für Samen, Düngung, Wasser, Pacht, Steuern, Zinsen bleibt nichts übrig.

Dabei werden die Samen immer größer. Es herrscht unter den Gemüsebauern Empörung über den Pacht- und Steuerwucher des Fürsten. Während der Saatzeit werden Nachträge mit zwei bis drei Mal mehr als der Pacht für den Morgen erbracht. Die Bauern wagen nicht einmal, das Pachtungsangebot anzunehmen aus Angst, das Pachtland zu verlieren. Die Bauern mühen sich, die Pacht zu bezahlen, und selbsternte die Pacht immer weiter bis auf 50 Mark. In den meisten Fällen ist die Pacht unerschwinglich geworden. Dazu kommt die Erhöhung der Steuern auf die Pächter. 7 Mark pro Morgen und jeder sollen die Pächter Steuern bezahlen, und zwar soll dieser Betrag für fünf Jahre nachbezahlt werden, so daß die Bauern jetzt einige hundert Mark für diese Steuer nachzahlung aufbringen sollen. Dazu sind sie nicht imstande. Die Ausplünderung dieser Bauern durch den Fürsten geht noch

130 000 Verloren ohne Unterstützung

Der Wohlfahrt ausgeteilt - Am 13. Juli Unterstützungsabbau - Rüstet zum Reichserwerbslosentag!

Das Landesratsamt Mitteldeutschlands meldet für die Zeit vom 15.-30. Juni: Die Zahl der Arbeitslosen im Reichsbundesratsamt Mitteldeutschlands hat von 368 225 (davon 65 922 weiblich) am 15. Juni auf 361 179 am 30. Juni (im Vorjahr zur gleichen Zeit 238 347 Arbeitslose). Von den vorhandenen 361 179 Arbeitslosen entfielen 128 072 = 35,4 v. H. (im Vorjahr 135 150 = 56,7 v. H.) vertriebsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 83 093 = 23 v. H. (im Vorjahr 21 977 = 9,1 v. H.) Arbeitslosenunterstützung. Selbst nach amtlichen Feststellungen haben also lediglich 35 Prozent der Erwerbslosen Arbeitslosenunterstützung und 23 Prozent Arbeitslosenunterstützung erhalten. 42 Prozent aller Erwerbslosen, das sind über 130 000 Personen, erhielten keinerlei Unterstützung. Sie

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

waren ausschließlich auf die Wohlfahrt der Kommunen angewiesen. Auf Grund der Notverordnung wird am 13. Juli der Abbau der Unterstützung in Kraft treten. Am Morgen, nach der Voraussage des Instituts für Konjunkturforschung, wird im Reichsbundesratsamt die Zahl der Arbeitslosen für die Erwerbslosen bedeuend, kann nur der ersehnen, der selbst wenigstens eine Zeitung erwerbslos war und von den Hungerpfennigen leben mußte.

Es besteht keinerlei Hoffnung, daß die Wirtschaftskrise in Deutschland überwinden ist und die vier Millionen Arbeitslosen Brot und Arbeit bekommen können. Am Morgen, nach der Voraussage des Instituts für Konjunkturforschung, wird im Reichsbundesratsamt die Zahl der Arbeitslosen für die Erwerbslosen bedeuend, kann nur der ersehnen, der selbst wenigstens eine Zeitung erwerbslos war und von den Hungerpfennigen leben mußte.

— So lange die Erwerbslosen es sich gefallen lassen. Die Kommunistische Partei hat vor einiger Zeit das betannte Arbeitsbeschaffungsprogramm veröffentlicht. In diesem Programm werden die Arbeiten aufgeführt, die in Deutschland sofort in Angriff genommen werden können und müssen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Die Wege und Straßen auszubessern, Arbeiterheime zu bauen, Meliorationen, Kanal- und Flußregulierungsarbeiten durchzuführen. Das Programm geht auch die Quellen auf, wo man das Geld zur Finanzierung der Arbeiten berechnen könnte, wenn — so, wenn die Regierung den Willen

weiter. Der Kammerdirektor des Fürsten war im Vorstand der Fabrikfabrik und hat die Fabrik in den Bankrott hineingewirtschaftet. Die kleinen Kaufmännleinrentanten sind die Leidtragenden. Zur Sanierung der Fabrik mußten sie sich verpflichten, die Röhren jahrelang zu einem ganz minimalen Preis zu liefern. Sie machten es auch hier bis auf einige Ausnahmen nicht, gegen den Kammerdirektor aufzutreten, immer aus Furcht vor dem Entzug des Pachtlandes.

Was sind diese Bauern anderes als Leibeigene dieses Großgrundbesitzers?

Sie sind selbst dieser Meinung. Sie lagten, daß ihnen von der Ernte doch gar nichts geblieben, daß sie nur arbeiten, um auf ihre Verpflegung nachzukommen. Für sie selbst bleibt kaum das Allernötigste zum Leben übrig.

Eine vom Bund schaffender Landwirte einberufene Versammlung war sehr gut besucht. Die Gemüsebauern von Thüringen waren reiflos mit den Zielen und Forderungen des Bundes, die von der Kommunistischen Partei in ihrem Bauernhilfsprogramm aufgestellt wurden, einverstanden. Vor allem haben sie begriffen, daß sie nur Schlichter an Schlichter mit der Arbeiterklasse gegen ihre Verdrängung und Vernichtung kämpfen können. Es ist freilich noch viel Misstrauen zu überwinden. Der Landbund hat ihnen Versprechungen gemacht und hat sie betrogen. Der Deutsche Bauernbund hat ähnliche Forderungen aufgestellt wie der Bund schaffender Landwirte. Er hat sie durch das Einschleusen in die eigene Front verraten. Wenn ihr das auch durchfällt, was ihr sagt, dann machen wir alle mit, lagten mir die Bauern. Am frühen hat die Jugend das Misstrauen überwunden. Ein Jungarbeiter will die Gründung einer Ortsgruppe des Bundes schaffender Landwirte in der Fabrik übernehmen. Er will sich darüber hinaus der Kommunistischen Partei anschließen. Er hat klar erkannt, wo er die Bauern in ihrem Befreiungskampf und den Forderungen der modernen Arbeiterbewegung, aus der Jüdische, Steuer- und Pachtneidenschaft führt. Diese Erkenntnis wird sich im Sturmtempo nicht nur in Thüringen, sondern unter den ganzen mitteldeutschen Steinbauern ausbreiten. Bauern, die Industriearbeiterarbeit reichlich über die Hand! Schließt ein! Schließen wir das Bündnis zum Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde!

Unterbezirkskonferenz der Roten Hilfe

des Unterbezirks Merseburg am Sonntag, dem 12. Juli, vorm. 10 Uhr, in Merseburg, Lokal „Stadt Leipzig“.

hagy hätte. Doch den Willen hat sie nicht, weil die Kommunisten in ihrem Programm die Befreiung der Millionen, Affirmative und aller Reichen fordern. Am kapitalistischen System werden die Opfer lediglich den Beschloßen auferteilt.

Der Reichserwerbslosentag ruf für den 15. Juli zu Demonstrationen und Kundgebungen auf als Reichserwerbslosentag. Der Unterbezirkskonferenz, Betriebsrat, sorgt dafür, daß der Tag sich zu einem Massenbetriebsrat rufen sollen Front gestaltet.

Langenberg bei Oera. Durch das gestörte. Der Rädermeister Stüblich kam spät abends nach Haus und legte sich zum Schlafen auf das Sofa, an dessen Ende ein Gasofen stand. Am Schlaf riß er mit dem Fuß den Gasofen ab, so daß das Gas aus dem offen gelieblichen Hauptabzug ausströmen konnte. Als man Stüblich auffand, war er bereits tot.

Schwenditz. Ein verhängnisvoller Kopfsprung. Beim Baden in den Lehmanndamm machte ein Verblünder aus Döblich einen Kopfsprung und zog sich beim Aufschwimmen eine Verletzung des Rückenmarks zu, die zur Lähmung führte. Der junge Mann wurde einem Leipziger Krankenhaus zugeführt.

Meißensfeld. Beim Baden ertrunken. In der Nähe des Tagebaus Bismarck sprang der 17jährige Kumpferlehrling Kiener aus Dornheim in einen Teich, obwohl er des Schwimmens unfähig war. Der junge Mann geriet dabei an eine tiefe Stelle, ging unter und ertrank.

Ottendorf. Motorradunfall. Auf der Landstraße nach Osterode trafen am Mittwoch abend zwei Motorräder aufeinander. Bei dem Zusammenstoß fuhr in heftigem Tempo aneinander. Bei dem Zusammenstoß wurde der Fahrer des einen Motorrads, der 19 Jahre alte Landwirt Carlhe aus Großschönwitz, mit solcher Gewalt auf die Straße geschleudert, daß er tot liegen blieb. Einer der Fahrer mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus transportiert werden, während der zweite mit leichten Hautabstülpungen davonkam. Ein trifft die Schuld an dem Unglück, da er ohne Bedeutung und außerdem auf der falschen Straßenseite gefahren war.

Sommerfest der Roten Hilfe

am Sonntag, dem 12. Juli. Stellen 12 Uhr an der Reumarktstraße um 12 Uhr nach Leipzig. Alle umliegenden Ortsgruppen von Merseburg beteiligen sich!





Sonnabend, den 11. Juli 1931

„Volksblatt“ beruhigt die Junker

Die ganze SPD-Presse verächtelt den Junkern, daß der Entschluß der Kommunisten eine Wette werde. Sie wissen, daß der DVB keine Pflicht als Streikschutzorganisation erfüllen wird. Er hat nicht umsonst seine Betreuer unmittelbar vor der Ernte nach Halle geschickt. Das „Volksblatt“ schreibt, daß zu einer Wette, wie sie in den Agrarierkreisen zum Ausbruch kommt, gar kein Anlaß sei. Die armen Agrarier können ganz ruhig sein — die SPD macht für sie als treuer Kettenschuß.

Merseburg-Querfurt

Erwerbslose erzwingen Annahme ihrer Anträge

H. A. Frankleben. In der letzten Gemeindevorstellung wurde der Vorschlag der Gewerkschaft Mischel, für rückständige Steuern 10.000 Mark für 1928-1930 anzunehmen, auf Vorschlag unserer Genossen abgelehnt. Wir sind der Meinung, daß die tatsächliche Summe eine weit höhere ist. Hieraus sieht man, daß die Grundbesitzer nach Jahren erst einen Teil ihrer Steuern bezahlen. Aber den Erwerbslosen, Kleinbauern und Arbeitern droht nicht täglich mit dem Gerichtsvollzieher, wenn sie nicht bezahlen können.

Die Erwerbslosen hatten Anträge gestellt, die ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. Warum auf einmal? Die Erwerbslosen hatten diese Sitzung unter Druck gesetzt, so daß die Bürgerlichen und die SPD-Vertreter es nicht wagten, die Anträge abzulehnen. Folgende Anträge wurden angenommen:

- 1. Sofortige Inangriffnahme der Wasserversorgung des Bahnhofs.
2. Sofort den Bau eines Wäschhauses für das Gemeindehaus vorzunehmen.
3. Instandhaltung der Wasserleitung.
Maßnahmen zur Abänderung der Art der Erwerbslosen: Die Erwerbslosen fordern die Einrichtung einer Gemeindefleisch- und Abgabe von Mitteln (kostenlos). Eine Protestresolution gegen die Notverordnung der Brünnings-Regierung wurde ebenfalls angenommen. Die Erwerbslosen dürfen es aber nicht bei der Annahme der Anträge lassen, sondern für deren Durchführbarkeit sorgen. Dieser Fall zeigt, daß, wenn die Erwerbslosen zusammenstehen, auch Erfolge erzielt werden.

Für die Kirche alles — für die Erwerbslosen nichts

H. A. Röhren. Die am Sonnabend, dem 4. Juli, stattgefundene öffentliche Stadtverordnetenversammlung hatte sich nur mit einem Punkt zu befassen. Es war der Antrag eingegangen, für die Reparaturarbeiten an der Kirche 4000 Mark zu bewilligen. Die Vertreter der Bürgermeisters haben sich die erdenschlechte Kirche, den Stadtverordneten die Annahme des Antrages schamhaft zu machen. Die SPD-Vertreter betonten, daß sie gewillt sind, die sich auf Sparfuß befindlichen Mittelsgeber für die Kirche zu bewilligen. Die kommunistische Fraktion lehnte den Antrag ab. Zutritt mußte den Erwerbslosen gebolten werden. Die SPD war durch ebenfalls gegen den Antrag abgestimmt, obwohl sie keine zugestimmt hätten. Der Antrag wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Während man bei den Erwerbslosen spart, wollte man der Kirche wieder Tausende in den Rücken werfen. Jeder Arbeiter in Hagen muß heraus aus der Kirche, die einer der letzten Stützen des kapitalistischen Ausbeuterregimes ist. Geht in den proletarischen Presidienten-Vorstand. Ob man bei einem Antrag der Erwerbslosen die Stadtverordneten auch so schnell zusammenzuzerren hätte?

Kriegervereinsrummel

H. A. Döhl. A. B. Döhl ist wieder um eine Senktion reicher. Der Kriegerverein feierte sein 60jähriges Bestehen. Das ganze Dorf war mit Schwärzen-Weiß-Blau beflaggt. In den Reihen waren viele vollgetragene Spieler und Krautjunker, die Heidenbrück befehligt mit einem ganzen Klempnerladen. Viele von ihnen hatten beim letzten Krieg auf einmal ein Herzleiden und konnten deshalb nicht den Krieg mitmachen. Die anderen machten den Krieg in der Gruppe mit. Jeder marschierte auf viele Arbeiter und Frauen mit, ja sie opferten den letzten Groschen, um diesen Rummel mitmachen zu können.

Alle Tage schimpfen sie auf die niedrigen Löhne und den Rentenabzug. Glaubt ihr, daß ihr eure Lage verbessern könnt, wenn ihr in den Kriegerverein geht? Habt ihr noch nicht genug vom letzten Weltkrieg?

In diesem Tage durstet ihr mit euren Arbeitgebern in einer Reihe marschieren. Am nächsten Tag heuet er euch wieder aus. Für eure Not haben sie nichts übrig. Man ist drauf und dran, einen neuen Krieg zu entfachen. Die Sowjetunion, das Land der Arbeiter und Bauern mit man vernichten. Die Arbeiter und Bauern, die heute noch Mitglied vieler Kriegervereine sind, müssen endlich erkennen, wo ihr Platz ist. Sie müssen sich einreihen in die rote Front und müssen mit ihren Klassenangehörigen gemeinsam gegen unseren gemeinsamen Feind, gegen die Ausbeuter kämpfen.

Die Merseburger Polizei übt Bürgerkrieg

H. A. Merseburg. Auf dem Hofe der Polizeikaserne faunste man am 7. Juli normittags beobachtet, welchen Kurs die Polizei einschlägt. Es war für die Kasernen ein guter Unterricht, wie der verhärtete Seeverdingliche Schießplatz in der Praxis aussieht.

Ein als Arbeiter verkleideter Schupo war das Objekt. Hinter den verlogenen locketen, verbotenen Schritte im Stummtempo ein Schupo mit sogenannter Pistole hier, um den verarmten Schupos vorzubemonstrieren, wie Verbrecher verfolgt werden. Ein Würdigkeit nicht natürlich die Jagd und Uebung den Arbeitern.

Diese Bürgerkriegsübung ging noch weiter. Es wurde die Erfüllung der Forderungen gefordert. Ein Teil Schupo sollte von außen die Straße auf und verfuhr unter blinden Pistolenhieben den Eingang zu erläutern. Günstliche Mordwaffen, von der Pistole bis zum Panzerauto, waren in Tätigkeit.

SPD-Arbeiter am Scheidewege

Der Sturm in der Mitgliederversammlung der Zeitzer SPD — Für Bergholz-Brüning oder mit den Kommunisten?

(Eig. Bericht) Zeitz, den 10. Juli 1931.

Stimmer klarer wird auch vor den Zeitzer sozialdemokratischen Arbeitern, die bisher den Führer der linken Brälen der Bergholz und Frankens gefolgt sind, die Frage aufgerollt, sich entweder für den Kommunismus oder für den Brüning-Kurs, den die rechten und die „linken“ Führer der SPD mitmischen und verteidigen zu entscheiden. Diese Frage fand auch im Mittelteil der Mitgliederversammlung der Zeitzer SPD, über deren schriftlichen Verlauf wir gestern bereits kurz berichteten. Die Zeitzer Parteibürokratie, durch die politischen Ereignisse immer mehr davon abgelenkt, ihre „linken“ Betrugsmaschinen anzuwenden zu können, glaubt, durch Herbeiführung des „linken“ Scheidewegs noch einmal ein großangelegtes Welterntungsmanöver für die ungeheure Empörung ihrer Arbeitermitglieder gefunden zu haben. Als Gegenpol war auf Verbesserung von Bergholz der Bergholz-Verbandsobmann Dreßmann erschienen, der plump und ungeheißt gegen Seydewitz die offizielle Parteipolitik verteidigte.

Bei seinen Ausführungen gabelte er nur so von Schimpfwörtern gegen die linken Proletarier.

Manchmal bemerkenswerter war die offene Kampflust der Jungarbeiter-Kämpfer, die lieber zehnmal mit den Kommunisten als einmal mit Dreßner.

Unter stürmischem Beifall der ungeheuren Mehrheit stellte Köhler fest: „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!“

Ein anderer Debattebetreiber, Schmidt, wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Illusion der Eröberung des reformistischen Parteiapparates durch die Linken. Er reformierte die SPD nicht, mit diesem Apparat eine revolutionäre Handlung vorzunehmen. Er rief auf für die Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus zu kämpfen. In diesem Punkte ging Schmidt schon einen Schritt weiter als Seydewitz. Sein Irrtum besteht noch darin, daß er glaubt,

durch Schaffung einer neuen Partei zu diesem Ziele gelangen zu können.

Franken und Bergholz als Parteipäpste bekamen es mit der Angst zu tun. Sie sahen ihre Stelle fortzukommen und versuchten deswegen mit einer milden Kommunisten- und Putschlandhege die Proleten abzuwickeln. Ihre Pläne wurden mit einiger Ruhe aufgenommen. Die Jugend und ein großer Teil der älteren Parteimitglieder verließ angewidert den Versammlungsraum. Auch die Ausführungen des Renegaten Mathes gegen die SPD zogen nicht mehr. Der letzte Distriktsredner war Dr. Agricola, der in Eile von Seydewitz sagte, daß es wichtiger sei, das Programm von Marx und Engels zu verteidigen als die Notverordnung. Diese Linie müsse man konsequent trotz und gegen die Diktatur des Parteivorstandes durchziehen.

Das Schlußwort von Seydewitz war unkonsequent und zeigte deutlich die Angst vor der eigenen Courage. „Treue zur Partei!“ empfahl er.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden erkennen, daß Seydewitz damit die Treue zu Brüning empfiehlt. Nicht Seydewitz zeigt auch den Weg, sondern wir bieten euch die Hand zum Kampf für den Sozialismus.

Sozialdemokratische Genossen von Zeitz, ihr steht am Scheidewege! Euch geht nicht durch die Lügenberichterstattung des „Volksboten“ vorüber, daß es noch eine Klaff zwischen euch und uns gibt. Die gemeinsame Not, der gemeinsame Wille zum revolutionären Klassenkampf wird und muß uns zusammenführen auf dem Wege, den einig und allein die kommunistische Partei aufweist.

Die getrennt von der kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung, in der eine große Zahl sozialdemokratischer Arbeiterinnen und Arbeiter anwesend war, war ein starker Beweis für die kommunistische Partei. Die Ausführungen der beiden Referenten wurden mit höchstem Beifall befolgt. Eine Anzahl Parteiausnahmen konnten erfolgen. (Näherer Bericht am Montag.)

„Sie könnten zwar Arbeit erhalten — doch gehen sie lieber klemmeln“

Eine unerhörte Beleidigung der Erwerbslosen in einer NSDAP-Versammlung

H. A. Bräden bei Borsdorf. Am Sonnabend, dem 4. Juli, fand in Brüden eine öffentliche Versammlung der Nazis statt. 20 fremde Eintritt wurden verlangt, für Erwerbslose 10 Pfennig. Nachdem aber die Nazis sahen, daß viele Erwerbslose in diese Versammlung wollten, verlangte man für alle 20 Pfennig. Dadurch sollte man verhindern, daß Erwerbslose in diese Versammlung hineinkommen. Die Polizei war aber der Ansicht, daß in eine öffentliche Versammlung alle, die ihren Eintritt bezahlen, hinein kommen. Der Referent hatte auch allen Grund, den Erwerbslosen den Eintritt zu verweigern. Seine ganze Rede war nur ein Gelächter, daß Herr Brüning die Nazis nicht an die Futtertrichter ließe. Wenn wir erst den Wehrminister und Innenminister haben, dann wird's besser. Dann wird Krieg gegen die Franzosen gemacht, und der Innenminister muß die verlassenen Kommunisten fürmachen. Aber die Reichsregierung hat die Zeit für sich nicht irren. Die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands wird sich nicht so überumpeln lassen, wie Mussolini unsere italienischen Brüder überumpelt hat.

In der Versammlung wurde ein Brief vorgelesen, den Dr. Stange an einen Erwerbslosen geschrieben hatte. Darin heißt es:

„Wenn Sie mich darum bitten, Ihre Kinder zu behandeln, dann müssen Sie in jedem Falle, sofern die Krankenkasse die Wegegebühren nicht übernehmen will, dafür aufkommen, denn ob ich mit Pferd oder Auto komme, das Fahrzeug verursacht

Unterhaltungskosten während der Fahrt, die selbstverständlich derjenige zu bezahlen hat, der die Fahrt vorant. Es handelt sich hier also um Arbeit, die ihren Lohn verdient, im Gegenzug ja zenen

Menschen, die zwar Arbeit erhalten können, aber lieber kein Geld verdienen wollen. Diese letzteren sind die raffens den Kapitalisten, zu denen Sie wahrscheinlich auch gehören.

Wir wollen diesen Doktor an die Zeit erinnern, in der er nach Borsdorf kam, ohne Erlaubnis, arm wie ein Bettler. Die Arbeiter haben damals Unterschriften gesammelt, daß er bei der Krankenkasse anerkannt wurde. Jetzt hat dieser seine Herr aus den franten Proleten eine Wille, zwei Autos, ein Reitpferd mit Reitzeug herausgeholt. Jetzt, nachdem die Arbeiter das Unglück haben, erwerbslos zu sein, schimpft sie dieser „gebildete“ Herr: Faulenzer. Und diese Herrschaften wollen das Dritte Reich errichten!

Unter Genosse Adam, der in der Diskussion sprach, zeigt den arbeitslosen den Gehalt. Aber die Nazis wollen diese Nazis aus dem Saale bringen. Die Arbeiter verließen mit ihm mit dem Gesang der „Internationale“ den Saal und ließen die Nazis unter sich. Die Versammlung war ein Erfolg für den Kommunismus. Die Arbeiter erkennen immer mehr die arbeitserleidende Politik der NSDAP und kämpfen im Kampfband gegen den Faschismus.

Weißenfels-Zeitz

Kleingewerbetreibende werden ruiniert

H. A. Schorleben. Am 7. Juli wurde in Schorleben der ehemalige Gewerksmeister der Zeitzer Wäschfabrik unter der Leitung der Zeitzer Arbeiter, die selbst Wäschfabrikunterstützungsgemeinschaft ist, aus seiner Wohnung zugewiesene herausgenommen. Die Möbel fanden an diesem Tage bei strömendem Regen im Freien. Zwei Arbeiter, die selbst Wäschfabrikunterstützung beziehen, haben sich für einen Subsidion dazu hergegeben, die Möbel aus der Wohnung zu schaffen. Es sind dies die Gemeindevorsteher Otto Gerdard und Kurt Bergner. Nach nur kurzer Zeit haben sie sich bei Herrn Adam an den Gemeindevorsteher Otto Gerdard und Bergner als Kommunistensteller betannt.

SPD-Gemeindevorsteher gegen ihren eigenen Antrag

H. A. Mischel. In der letzten Gemeindevorstellung am 4. Juli entpuppten sich die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher erneut als die besten Stützen der Brünnings-Regierung. Zur Tagesordnung stand die notwendige Beratung des Etats. Vorken am Vorken wurde werden. Bürgerliche und Sozialdemokraten nicht zufrieden, der Etat ist wieder balanciert. Der Herr Landrat kann zufrieden sein, aber die Einwohner nicht, denn sie müssen blechen. Alles, was die wertvolle Bevölkerung belastet, haben die Sozialdemokraten ganz nach Brünnings Muster in dem Etat aufgeführt. Erhöhte Bier- und Bürgersteuer und

Kampfbund gegen den Faschismus

Im Zeichen der Sturmkampagne

Die Ortsgruppen berichten ihre Erfolge seit Beginn der Sturmkampagne:

- Halle — 106 neue Mitglieder und eine neue Ortsgruppe,
Schiffeld — 18 neue Mitglieder,
Gersfeld — 43 neue Mitglieder,
Wittfeld — 10 neue Mitglieder und eine neue Ortsgruppe,
Wettin — 6 neue Mitglieder und eine neue Ortsgruppe.

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen? Schickt sofort Berichte! Sturmbericht! Bezirksverbandseitzung.

andere mehr. Keiner der Vertreter hat ein Wort gegen die Notverordnungen verloren.

Der Elternbeirat hatte einen Antrag gestellt, eine Mißausgabe für die Schulförder einzuwickeln. Die SPD hatte diesen Antrag selbst in der Versammlung und Elternbeiratsitzungen beschlossen. Jetzt verfuhr sie, diesen Antrag abzuwickeln. Der Gemeindevorsteher Schen verlangte vom Elternbeirat, er solle den Antrag zurücknehmen. Dieser aber sog den Antrag nicht zurück und geheißte das lächerliche Verhalten der SPD. Der Sozialist sah sich gezwungen, sich dementsprechend der Sitzung weichen zu lassen. Er erklärte, es liegt kein Anlaß zum Spulart vor, nach dem die Kinder unterrichtet seien. Unter der jetzigen Zeit rate er überhaupt, die Finger davon zu lassen. In halber Zeit wurde mit dem Stimmen der Bürgerlichen beschlossen, den Antrag an die Antragsteller zurückzugeben.

Das sind die Sozialdemokraten, die als Vertreter des kapitalistischen Proletats die Arbeiterkinder hungern lassen!

Gemeinde Trebnitz läßt alte Frau verhungern

H. A. Trebnitz. In einem alten gefallenen Stalle wohnte die Witwe Brode. Einer unserer Genossen, der durch Zufall die Zustände sah, schreibt: Die Frau hat keinen Pfennig Geld und ist dem Hungerdode preisgegeben. Die Gemeinde hatte ihr 5 Mark Unterstützung die Woche bezahlt. Von diesen 5 Mark sollte sie leben und die Witwe zahlen. Die Witwe konnte sie aber nicht bezahlen, und deshalb hat ihr der Gemeindevorsteher die Unterstützung ganz entzogen. Kein Mensch bekümmert sich um diese alte Frau, die alleine nicht in die Lage ist, für sich zu sorgen. Es verhungert buchstäblich. Wir fordern, daß der Gemeindevorsteher von Trebnitz sich sofort um diese unglücklichen Zustände kümmert, bevor die Frau verhungert ist.

Worbier sich der „Volksbote“ aufregt

H. A. Weissenfels. Aus Eisenach wird folgendes berichtet: Als ein junger Mann in der Zepfelfabrik nach Spaken hoch, verirrte sich eine Kugel, von der eine ältere Frau in den Leib getroffen wurde. Die Verletzte mußte sofort operiert werden; ihr Zustand ist ernst.

Um ein ähnliches Unglück zu verhindern, ist der Genosse Gering in Weissenfels gegen das Amtliche der Rüstlichen Arbeiter eingekritten. Die obige Meldung zeigt, wie berechtigt dieses Einkriten war. Aber für den „Volksboten“ ist das ein Anlaß, eine läche Heße gegen die Kommunisten vom Stapel zu lassen.

„Niedriger können“ sagen auch wir!



Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis frei Haus monatlich 20 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zahlungsgeld: Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Lindenstr. 14. (Telefon: 210 45 (Halle), 210 47 (Merseburg)).

Der Rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. Nr. für den am 1. Juli und 1. Okt. im Zeitl. Konstanten: Reichsbank des Sozialen Volks; Commerz- und Privatbank Halle. Verlagsort: Leipzig 204 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Lindenstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 11. Juli 1931

11. Jahrgang Nr. 154

Brüning macht Schluß mit der Wohlfahrt

Durch neue Notverordnung sollen die Gemeindeausgaben um 500 Millionen Mark gekürzt werden

(Eig. Bericht.) Berlin, den 10. Juli 1931.

Nach einer Meldung eines gut informierten Berliner Mittagsblattes plant die Regierung, nunmehr den schwersten Schlag gegen die hungernden Volksmassen durchzuführen. Durch eine neue Notverordnung will die Brüning-Regierung die Länder und Gemeinden zwingen, 500 Millionen Mark und noch mehr, die gegenwärtig in den Gemeindekassen fehlen, durch Einsparungen auszugleichen.

In dieser Meldung heißt es dann weiter:

„Auf diese Weise werden die Sozialausgaben in nie gekannter Weise gekürzt, und die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die bisher schon aus Sparmaßnahmen auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden mußte, wird diese Minimierung erheblich unterschreiten. Handelt es sich hier doch um Maßnahmen, die allen sozialen und kulturellen Einflüssen freien, und aus diesen Haushalten können mehr herauspresst werden, als die neue Notverordnung erspart zu bringen.“

Wenn diese Meldung stimmt, und daran ist nicht zu zweifeln, denn was sollte wohl eine Regierung nachstehende Zeitung für ein Interesse daran haben, unrichtige Regierungspläne zu veröffentlichten, so bedeutet die kommende Notverordnung gegen die Gemeinden nicht mehr und nicht weniger, als die Erziehung aller Wohlfahrtsausgaben, und die weitere Kürzung der Ausgaben für kulturelle Zwecke.

Wahrscheinlich wird also jetzt der Sinn der ganzen Hoover-Aktion denn was sollte wohl eine der Regierung nachstehende Zeitung für die Brüning-Regierung entfallen. Mit einem Schloß schlägt der ganze Schwindel der sozialdemokratischen Führer von den sogenannten Verhandlungen über die Verbesserung der letzten Notverordnung, die schon unfähiges Gend und unfähigste Hunger erzeugte. Die vielen Hunderttausend Wohlfahrtsverweigerer, die die ungezählten Augenblicke und Frauen, die auf Grund der letzten Notverordnung schon keinerlei Erwerbslofenunterstützung mehr erhalten, werden jetzt direkt zum Hungertod verurteilt. Die Frage der „Schuldlosigkeit“ wird bei der Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen im Zukunft überhaupt keine Rolle mehr spielen, wenn die Gemeinden kursorgehandelt gezwungen werden, alle Einkommen für Wohlfahrtsausgaben zu streichen.

In den letzten Tagen haben schon eine Anzahl von Gemeinden und Gemeindegemeinden die Auszahlung von Wohlfahrtsunterstützungen eingestellt und morden sich hinführend in die Brüning-Regierung. Und diese Regierung will mit einer Notverordnung antworten, die praktisch alle Gemeinden in Deutschland zu dem gleichen Schritte treibt. Wenn die Kommunisten in den Gemeinden vorlagern, neue Weisungen zu erheben, so kommt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten und schreit über „Ungehörlichkeiten“. So werden Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gleichfalls mit Schuld am Hungertode der Erwerbslosen. Erhöhung der Zölle auf Gas, Wasser und Elektrizität, Erhöhung der Kopfsteuer der Gemeindegemeinden und aller übrigen Gemeindesteuern, das wird eine weitere Folge der neu geplanten Brüning'schen Notverordnung sein.

Wohlfahrtsausgaben auf den Notstand... colorchecker CLASSIC

der Tür
Konferenzen

er über die immer
der Junier 3 bis
Wohlfahrtsausgaben
Grund des Schieds-
beurteilt für die Erste-
20 Mark. Die
Luzschkräfte
kolten eingestellt.

griffen, die die Be-
andarbeiter während

Konferenzen
Aufsatz für

Die Kampfkonferenzen beginnen am morgigen Sonntag nämlich um 13.30 Uhr und finden in folgenden Orten statt:

- Wittenberg: Lokal Weinhorn, Könnern: Lokal „Bürgergarten“, Wansleben, Zeitz, Oppin: Lokal „Zur Freiheit“, Landsberg: Lokal „Deutsches Haus“, Puffleben, Herings, Leugern: Lokal „Grüner Baum“.

Außerdem findet in Wittenberg, Gewerkschaftshaus, morgen vormittag 10 Uhr eine Kreisversammlung und in Wittenberg auf dem Dorplatz nachmittags 2 Uhr ein Landarbeitertreffen statt.

Massensturm gegen Unterstüchungsraub!

Heraus zu Massenkundgebungen am 15. Juli für Arbeit, Freiheit und Brot!

Erwerbslose, Männer und Frauen, Rentner, Invaliden und Betriebsarbeiter!

Das bankrotte kapitalistische System soll auf Kosten des wertvollen Volkes launert werden. Neue unerhörte Maßnahmen sollen am 13. Juli gemäß der Brüning'schen Notverordnungsdekrete gegen breite Schichten des wertvollen Volkes durchgeführt werden.

Die Sozialdemokratie, die größte Gattitätsgruppe des kranken Kapitalismus, sucht nach neuen Argeneien und will die verelendeten Massen durch neue Manöver, Hoover-Plan und Hege gegen die Sowjetunion, vom Kampfe gegen das Hungerregime abhalten.

Die Hitler-Partei, die Partei des Finanzkapitals, fordert Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht.

In der Gefährdung aller kapitalistischen Staaten ist es noch nie dagewesen, daß durch solche Hungerdekrete hunderttausende von Millionen zugrunde gerichtet werden.

Diese Maßnahmen sind ein Akt der Schwäche des bankrotten Finanzkapitals, um den am Boden liegenden, sterbenden Kapitalismus zu retten.

Der Reichstag, die Kreis- und örtlichen Erwerbslosenräte haben in gut besuchten Sitzungen und Konferenzen zu dem Aufruf des Reichserwerbslosenaustrusses, am 15. Juli durch Massenkundgebungen gegen Notverordnung und Unterstüchungsraub in allen Orten zu demonstrieren, Stellung genommen, sie rufen alle Schichten der wertvollen Bevölkerung auf, in gemeinsamer Kampffront gegen die Notverordnungen und ihre Auswirkungen am 15. Juli aufzumarschieren. Was die Betriebe, die Wohngebiete und die Büros zum gemeinsamen Aufmarsch mobil.

Der Hoover-Plan wird trotz sozialdemokratischer Hilfe nichts an der Lage der hungernden Massen ändern. Er ist weiter nichts als die goldene Schlinge um den Hals des Volkes. Genug des Hungers und des Elends in den Proletarierquartieren und Kloten, genug der Ausbeutung und Anrechnung in den Betrieben, Kontoren und Warenhäusern.

Her zu uns! Kampf mit uns! Schließt die Volkfront mit uns, mit dem revolutionären Proletariat, gegen die kapitalistischen Ausbeuter, Spekulanten, Schieber und Parasiten.

Gegen den Unterstüchungsraub!
Gegen Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht!
Gegen das bankrotte kapitalistische System!
Kampf für Arbeit, Freiheit und Brot!

Heraus zum Massenaufmarsch am 15. Juli!

Der Bezirkserwerbslosenaustruss für den Bezirk Halle-Merseburg

Das Lohnproblem in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft

Von Karl Marx

Vorbemerkung der Redaktion: Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse hat die Rede des Genossen Stalin „Über die Lage und die neuen Aufgaben des Wirtschaftsaufbaues in der Sowjetunion“ dazu benutzt, eine neue unerhörte Hege gegen den proletarischen Staat zu entfachen. Gemeinsam, vom Hitler bis Weis, ist diese Hege getrieben worden. Jst aber der Kampf der bürgerlichen Presse gegen den Marxismus selbstverständlich, so beweist die Art der Polemik in der Sowjet-Presse, wie wir sie beispielsweise in den letzten Tagen im „Volksblatt“ und „Volksbote“ erleben konnten, den beispiellosen geistigen Tiefstand und das völlige Fehlen der geringsten marxistischen Kenntnisse. Genosse Stalin erklärte bekanntlich, daß Karl Marx und Lenin darauf hingewiesen haben, daß sogar noch unterm Sozialismus als der ersten Stufe des Kommunismus der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeitskraft bestehen wird.

Das lächerliche Geschwätz dieser wertwürdigen Sorte Marxisten von der „vollständigen Gleichheit vom Kommunismus“, von dem bloßen Schwindel, daß Sowjetrußland aufgehört habe ein sozialistisches Land zu sein, daß Stalin sich zu unrecht auf Marx berufen habe, wird insbesondere den sozialistischen Arbeitern in seiner ganzen Ermüdlichkeit vor Augen geführt werden, wenn wir im nachstehenden unserem Altmeister Karl Marx über dieses Thema selbst das Wort geben. Die Arbeiterklasse wird sich überzeugen können, daß der Genosse Stalin in seiner Rede in keinem Punkt vom Marxismus abgewichen ist, daß er in keinem Punkt zum Kapitalismus zurückgekehrt, sondern den Weg zum Sozialismus zeigt. Wir lassen nunmehr die entscheidenden Absätze aus der „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms 1875“ von Karl Marx folgen.

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Merkmalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent — nach den Abzügen — erst recht, was er für sich selbst — nach dem gegebenen hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. In der gesellschaftlichen Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Teil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und soviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln, soweit heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück.“

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Waren-austausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt

RGD-Erfolg auf Grube Cecilia

(Eig. Bericht.) Merseburg, den 11. Juli.

Infolge einer im Januar erfolgten vorübergehenden Stilllegung der Grube Cecilia, bei der sämtliche Mitglieder der RGD und RFD mitwirkten und bei der Feuerstiftung zum größten Teil nicht wieder eingestellt wurden, mußte eine Kennzahl des Betriebes vor sich gehen. Die Wahl fand am Donnerstag statt und brachte der RGD einen überraschenden Erfolg.

Von 278 abgegebenen Stimmen erhielt die rote Einheitsliste 94, die Reformisten 106 und die Liste der Wertgemeinschaft 70 Stimmen.

Die Wertleistung und die vereinigten Gegner der RGD sind so erschrocken über diesen Erfolg, daß sie die Hilfe ansuchen wollen. Trotz allen Terrors haben durch ihre unermüdliche Arbeit die Kameraden der roten Einheitsliste einen glänzenden Erfolg errungen.

